



# AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



## Titelthema: Demokratie in Verhandlung

Bundestagswahl, aktuelle Herausforderungen, alternative Modelle für die Zukunft

ab Seite 3

### Robotik und KI

Entwicklungen in den Bereichen Robotikforschung und KI sind mehrfach Thema. Einmal mitsamt Zeitleiste und Checkliste für eine Marsmission.

Seite 10 und 18

### Bürgerrechtsbewegung

Was hat die Fast-Food-Industrie mit den Rechten afroamerikanischer Menschen in den USA zu tun? Eine Tagung gibt Antworten.

Seite 24

### Radio in Krisenzeiten

Warum Radio so dringend gebraucht wird, und was es in Krisenzeiten leisten kann, das war das Thema der 16. Tutzinger Radiotage.

Seite 28

# Blick über den See

## Inhalt

### POLITIK

- 3** Demographie und Farbenlehre
- 5** „Die Demokratie muss sich beweisen“
- 6** Forum Verfassungspolitik: Die Zukunft der liberalen Demokratie
- 8** Demokratie neu denken

### WISSENSCHAFT

- 10** Überholt uns die Wirklichkeit?

### GESUNDHEITSPOLITIK

- 14** Gesundheit als Definitionssache

### WIRTSCHAFT

- 18** „Künstliche Intelligenz“ verändert unser Leben
- 20** Ökonomie vs. Ökologie

### GESELLSCHAFT

- 24** Fast Food und Bürgerrechtsbewegung

### MEDIEN

- 26** Wohin mit Film und Kultur?
- 28** Was kann Radio, was andere nicht können?

### AKADEMIE INTERN

- 17** Namen – Nachrichten
- 17** Personalverzeichnis
- 17** Impressum
- 30** „Die Suche, für den Menschen das Beste zu tun“
- 32** Hauspostille im Wandel: Vor 25 Jahren erster „Akademie-Report“
- 33** Ein Alpensteingarten für den Akademiepark
- 34** Neuerscheinungen
- 36** Namen – Nachrichten



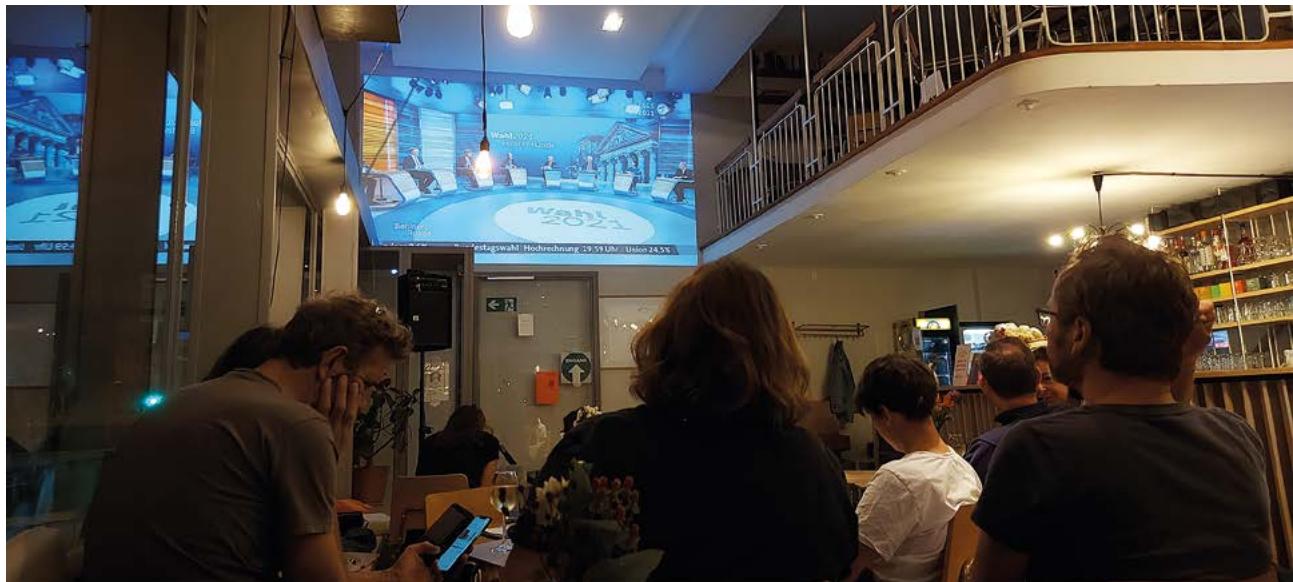
Am zurückliegenden Wahlkampf wurde die Oberflächlichkeit kritisiert: Über individuelle Fehler der Kandidaten sei mehr gesprochen und geschrieben worden als über die inhaltlichen Positionen der Parteien. Nicht nur inhaltlich wäre eine Vertiefung sinnvoll gewesen, sondern auch auf einem anderen Gebiet – beim Wissen über unser Wahlsystem. Das Redaktionsnetzwerk Deutschland wies im

Vorfeld der Bundestagswahl darauf hin, dass fast die Hälfte der ca. 2 Millionen „Jungwählenden“ nicht wissen, über wie viele Stimmen sie bei der Bundestagswahl verfügen. Kein Grund, über die angeblich unwissende Jugend zu lästern: Sie sind die kleinste Wählergruppe (nur 3,4 % der Wählerschaft sind zwischen 18 und 20 Jahren), aber bestimmt gibt es auch in der größten Wählergruppe – den über 60-Jährigen, die etwas mehr als 38 % (!) der Wählerschaft stellen – Fehleinschätzungen.

Besonders groß wird die Verwirrung dann, wenn Überhangmandate ins Spiel kommen. Der neu gewählte 20. Deutsche Bundestag umfasst 735 Sitze, das sind 137 Sitze mehr als die gesetzliche Mitgliederzahl. Grund dafür ist eine Änderung des Bundeswahlgesetzes. Erhält eine Partei in einem Land Überhangmandate, dann wird die Gesamtzahl der Mandate solange erhöht, bis das Größenverhältnis der Fraktionen im Bundestag ihrem Zweitstimmenanteil entspricht. Haupt- aber nicht Alleinverursacher von Überhangmandaten ist die CSU – besser gesagt, diejenigen Wählerinnen und Wähler der CSU, die dieser zwar ihre Erststimme für einen Direktkandidaten geben, aber mit ihrer Zweitstimme eine andere Partei wählen. Denn: Je mehr das Erststimmenergebnis der CSU positiv von ihrem Zweitstimmenergebnis abweicht, desto mehr Überhangmandate entstehen, was wiederum Ausgleichsmandate für alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien erforderlich macht. Natürlich können auch andere Parteien Überhangmandate erzielen. Die Besonderheit bei der CSU besteht darin, dass ihre Überhangmandate wegen der Kleinheit der CSU im Bundesgebiet eine enorme Hebelwirkung entwickeln. Dieser Zusammenhang zeigt zum einen, dass es sich für Steuerzahlerinnen und Steuerzahler lohnt, sich mit dem bundesdeutschen Wahlsystem zu befassen. Vor allem aber lehrt er, dass alle Abgeordneten vor einer sehr schwierigen Aufgabe stehen: Der Reform des bundesdeutschen Wahlsystems. Es gehört zu den Aufgaben der Akademie auf diese Zusammenhänge hinzuweisen und die entsprechenden Diskussionen zu begleiten. Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen.

Mit herzlichen Grüßen  
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch  
Direktorin der Akademie für Politische Bildung



München: Am Sonntag, den 26. September, abends im Kulturzentrum Bellevue di Monaco verfolgen alle gespannt die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2021, die über Bildschirm übertragen werden.

© Zapf

## Kommentar

### Demographie und Farbenlehre

Vieles an der Wahl zum 20. Bundestag war bemerkenswert. Einige Auffälligkeiten standen schon früh fest: die erste Bundestagswahl mit Corona, aber ohne Wiederwahlabsicht der Amtsinhaberin, oder auch die Mühen der Triell-Choreographie.

Andere Besonderheiten sind – zum Teil absehbare – Folgen des Wahlergebnisses: Dass nur ein Dreierbündnis den Weg aus der ungeliebten „Groko“ bahnen kann, war ebenso leicht vorherzusagen, wie der hohe Anteil der Briefwählerinnen und Briefwähler mitsamt dessen unerquicklichen Folgen für Wahlkampfmanagement und Parteizentralen sowie Überzeugungsversuche im privaten Umfeld. Anderes überraschte aber dann doch: Die Wandlung des schlafwagenfahrenden Unionskanzlerkandidaten zum Kämpfer hätten ihm nur wenige zugeschrieben. Spätes Lob aus Bayern für diesen Einsatz ist aber schon deshalb nicht zu erwarten, weil dieses Engagement vor allem der persönlichen Sorge von Armin Laschet geschuldet schien, denselben Karriereweg einzuschlagen wie Martin Schulz. So sind es also doch andere Facetten des Wahlergebnisses, die tatsächlich überraschten: Neben demographischen Aspekten vor allem die Erkenntnis, dass immer noch nicht zusammen gewachsen ist, was seit dem 3. Oktober 1990 definitiv zusammengehört.

Demographie ist überraschungsfrei: Dass Ungeborene keine Kinder haben, ist bekannt und unabänderlich. Es zeichnete sich deshalb schon seit langem ab, dass bei dieser Bundestagswahl weniger Personen unter 30 Jahren wahlberechtigt sein würden als noch bei der Bundestagswahl 2017. Ebenfalls berechenbar war der hohe Anteil der Wählerinnen und Wähler über 60 Jahre: Von den insgesamt etwas mehr als 60 Millionen Wahlberechtigten sind ca. 23 Millionen (38 Prozent) vor 1961 geboren. Deutlich kleiner dagegen die Zahl der Erstwählerinnen und Erstwähler: 2,8 Millionen Menschen nahmen am 26. September erstmals an einer Bundestagswahl teil, das entspricht einem Anteil von ca. 4,6 Prozent. Bereits bei früheren Wahlen hatten sich die jungen Wählerinnen und Wähler häufiger für Bündnis 90/Die Grünen als für andere Parteien entschieden. Recht neu ist hingegen der Trend, dass junge Wählerinnen und Wähler ebenso häufig FDP wählen: Laut Infratest Dimap schnitten die Grünen und die FDP bei den Erstwählerinnen und -wählern jeweils mit einem Anteil von 23 Prozent ab; in der etwas größeren Altersgruppe der unter 24-Jährigen hatten die Grünen die Nase vorn: 23 Prozent versus 21 Prozent. Diametral entgegengesetzt ist das Wahlverhalten der über 70-Jährigen, von denen ca. 38 Prozent für die Unionsparteien und ca. 35 Prozent für die SPD stimmten.

#### „Kosmopoliten“ vs. „Kommunitaristen“

Diese Daten scheinen die These zu bestätigen, dass Wahlverhalten vor allem ein Resultat von Generationenzugehörigkeit ist: Demnach unterscheiden sich die

Mitglieder einer bestimmten Generation aufgrund ihrer spezifischen Sozialisationserfahrungen während des gesamten Lebens vom politischen Verhalten früher oder später Geborener. Dieser Erklärungsansatz für die Unterschiede im Wahlverhalten von Jüngeren und Älteren würde bedeuten, dass im Zeitverlauf bestimmte Generationen wegbrechen. Die These von der Generationenzugehörigkeit der Wählerschaft stellt demnach vor allem den Volksparteien eine ausgesprochen düstere Zukunft in Aussicht. Sie konkurriert jedoch mit der Annahme, dass Wahlverhalten mit bestimmten Lebensphasen korreliert und sich Einstellungen im Laufe eines Lebens ändern. Der Lebensphasenansatz umschreibt eine in Zeiten eines anderen Parteiensystems formulierte Alltagsbeobachtung: „Wer mit 20 kein Sozialist ist, hat kein Herz. Wer mit 40 immer noch Sozialist ist, hat keinen Verstand“. Schlägt sich diese Volksweisheit in tatsächlichem Wahlverhalten nieder, dann könnten die Unionsparteien angesichts der steigenden Lebenserwartung auch künftigen Wahlen recht entspannt entgegenblicken – eigentlich. Fraglich scheint jedoch, ob eine derartige altersspezifische Positionierung bei der sog. Konfliktlinie „Arbeit versus Kapital“ auch auf die neue „kulturelle“ Konfliktlinie übertragen werden kann: Hier stehen ökologisch orientierte, sich weltoffen gebende „Kosmopoliten“ der Gruppe der sog. „Kommunitaristen“ gegenüber, die häufig über einen geringeren formalen Bildungsgrad verfügen, in eher strukturschwachen Regionen leben und auf einen starken Nationalstaat setzen, von dem sie Migrationskontrolle und sozialen Schutz erwarten. Ob sich die damit verbundenen Positionierungen hinsichtlich des Stellenwerts von Klimaschutz und Ökologie im Laufe der beruflichen oder familiären Etablierung ähnlich stark verändern wie ideologische Präferenzen („Freiheit statt Sozialismus“), darf bezweifelt werden: Es spricht viel dafür, dass gerade die Gründung einer Familie Wählerinnen und Wähler für die Ziele Klima- und Umweltschutz noch empfänglicher macht.

### Fluidität des „Wählermarktes“ bleibt

Gänzlich unbestritten ist in der Wahlforschung ein anderer Sachverhalt: Die Jüngeren fühlen sich noch weniger als die Generationen ihrer Eltern oder Großeltern einer bestimmten Partei verbunden. Seit 1980 ist bei jeder neuen Kohorte von Wahlberechtigten die Parteibindung im Vergleich zur vorhergehenden Generation schwächer ausgeprägt. In der Folge werden weitere Parteien im freiheitlich-demokratischen Spektrum in die eigene Wahlentscheidung mit einbezogen. Das heißt, immer mehr Wählerinnen und Wähler können sich vorstellen, auch eine andere Partei als die eigentlich präferierte zu wählen. Mit Ausnahme der AfD-Gefolgschaft, die eher selten in Alternativen zu denken scheint, bestehen alle Anhängerschaften inzwischen aus ca. drei Vierteln Wechselwählern (so die KAS-Studie „Vermessung der Wählerschaft“). Demographisch

bedingte Tendenz: steigend. Die Fluidität des „Wählermarktes“ (Viola Neu/Sabine Pokorny) wird uns also auch bei künftigen Wahlen erhalten bleiben. Dass dieses Phänomen auf der Bundesebene erst 2021 so deutlich zum Tragen kam, ist auch darauf zurückzuführen, dass die langjährige CDU-Parteivorsitzende (2000-2018) und Bundeskanzlerin (seit 2005) Angela Merkel für die Union nicht nur Wähler, sondern vor allem Wählerinnen mit grundsätzlich anderer Parteipräferenz mobilisieren konnte: Die innerhalb der Union reichlich ungeliebte „Sozialdemokratisierung“ hatte für CDU und CSU also nicht nur Nachteile.

Die Auffälligkeit des Bundestagswahlergebnisses 2021 mit Blick auf Altersgruppen ist das eine. Hinzu tritt als weiteres Phänomen dieser Wahl eine neue geographische Ausdifferenzierung: Wie bereits bei früheren Wahlen ist die Wahlkarte unterschiedlich eingefärbt: Nimmt man als Bezugspunkt die durch das Bundeswahlgesetz festgelegte Zahl der 299 Direktmandate zeigt sich, dass sich die in den Wahlkreisen von CDU/CSU (143), SPD (121), Bündnis 90/Die Grünen (16), AfD (16) und Linken (3) gewonnenen Mandate gemäß regionaler Hochburgen verteilen: Die Unionsparteien waren vor allem im Süden und in Teilen des Westens erfolgreich (jeweils mit grünen Einsprengseln). Dagegen erzielte die AfD ihre Erststimmenerfolge ausschließlich in Sachsen (10 von dort insgesamt 16 Direktmandaten), Sachsen-Anhalt (2 von 9 Direktmandaten) sowie in Thüringen (4 von 8 Direktmandaten). Dass es den Sozialdemokraten bzw. besser gesagt ihrem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz gelang, wieder Wählerschichten zu erreichen, die sich vor allem unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) (1998-2005) abgewandt hatten, zeigt nicht nur die (neue) soziodemographische Zusammensetzung der SPD-Wählerschaft, sondern ebenfalls die Wahlkarte. Diese unterscheidet sich von früheren Ausmalungen durch eine geringe Schwarzfärbung Ostdeutschlands. Ohne die Erfolge der Bundes-SPD in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und im Norden Sachsen-Anhalts würde die Karte der Direktmandate ein gespaltenes Deutschland widerspiegeln.

Nachdem die Unionsparteien, aber eben auch die FDP sowie Bündnis 90/Die Grünen in Westdeutschland deutlich bessere Erst- und Zweitstimmenergebnisse holten als in der Fläche der „neuen“ Länder, lässt sich auch ein Bezug zu den möglichen Koalitionsoptionen herstellen: Eine „Jamaika-Koalition“ aus Union, Grünen und FDP entspräche dem Wahlverhalten im Westen der Republik. Die „Ampel“ aus SPD, Grünen und FDP wird den gesamtdeutschen Parteipräferenzen stärker gerecht. Und eine „GroKo“ – dieses Mal unter Führung der Sozialdemokraten – ist nicht nur im Wahlvolk sowie der CSU sehr unbeliebt. Sie wäre mit Blick auf ihre Wählerschaft tatsächlich eine „alte“ Koalition.

Ursula Münch

# „Die Demokratie muss sich beweisen“

## Bundestagspräsident Schäuble beim Forum Verfassungspolitik

Der Präsident des Deutschen Bundestages Wolfgang Schäuble ging beim diesjährigen „Forum Verfassungspolitik“ der Akademie auf die Zweifel und das Unbehagen am Funktionieren der Demokratie ein. Der Vertrauensverlust berührt einen Kern unseres demokratischen Systems: das Prinzip der Repräsentation.

Über sieben Jahrzehnte hat sich die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik bewährt: Sie trotzte Herausforderungen wie dem Kalten Krieg und dem RAF-Terror, sie meisterte die Deutsche Einheit, sagte Schäuble. Auch in der Pandemie habe sich die demokratische Ordnung als lernfähig erwiesen, als es etwa darum ging, gesetzgeberisch nachzujustieren. Dennoch würden sich Unzufriedenheit und Zweifel am demokratischen System mehren – nicht nur in Deutschland und auch nicht nur wegen der Pandemie. Institutionen werde von den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen entzogen und Populistinnen und Populisten der Weg in Parlamente und Regierungen geebnet.

Durch die Funktionslogik der digitalen Öffentlichkeit werde die Neigung gesteigert, die eigene Meinung absolut zu setzen und unmittelbare Entscheidungen, hier und sofort, zu fordern. Dies steht aber im Widerspruch zu den Verfahren der Willensbildung und Entscheidungsfindung der parlamentarischen Demokratie.

### Ausgleich widerstreitender Interessen

Schäuble betonte, dass die repräsentative Demokratie angesichts der komplexen Sachverhalte in einer vernetzten und interdependenten Welt wichtiger denn je sei. Ihr gelingt nicht nur die Vertretung mobilisierbarer Interessen, sondern auch der Ausgleich widerstreitender Interessen, so Schäuble.

Auch ein existenzielles Thema wie der Klimawandel dürfe nicht dazu führen, Ziele und Mittel absolut zu setzen und sie auf diese Weise gegen das Demokratieprinzip in Stellung zu bringen. Wir sind nicht von der Pflicht entbunden, über den besten Weg zu streiten, entgegenstehende Interessen auszugleichen und die Mehrheit zu überzeugen, sagte der Bundestagspräsident.



Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble in der Akademie.  
© Winterer (APB)

Der Komplexität unserer Realität können wir nicht ausweichen und die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse nicht rückgängig machen, aber mitgestalten können und müssen wir, so Schäuble. Es sei Aufgabe von Parlamenten und Parteien dafür zu sorgen, dass das repräsentative Prinzip wieder besser funktioniert. Für Parteien bedeute dies zum Beispiel, bei Frauen, Jüngeren, Zugewanderten und Enttäuschten aktiv ums Mitmachen zu werben.

### Wettkampf mit autoritären Modellen

„Die Demokratie muss sich beweisen“, so Schäuble. Aktuell befände sie sich im Wettkampf mit autoritären Staatsmodellen, die hohe Effizienz versprechen, bei denen jedoch Freiheit und Menschenrechte, das Rechtsstaat- und Demokratieprinzip keine Beachtung finden. Schäuble erinnerte daran, dass Demokratien auch enden können – was gerade wir Deutschen gut wissen. Schäuble appellierte, nicht nachlässig oder gleichgültig zu werden, sondern zuversichtlich und mutig zu sein. Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaat haben eine Anziehungskraft, die sich erst kürzlich eindrucksvoll in Hongkong und Belarus gezeigt habe.

Schäuble sagte Veränderungsprozesse der demokratischen Institutionen und Verfahren voraus und auch der Kommunikationsformen. Das Wesentliche sei aber, dass das Parlament ein Ort der Bündelung und Fokussierung auf die großen Herausforderungen bleibt und ein Ort, an dem gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten stellvertretend für die Repräsentierten demokratisch legitimierte Entscheidungen treffen. 

Gero Kellermann

# Forum Verfassungspolitik: Die Zukunft der liberalen Demokratie

Als einzige Staatsform fühlt sich die Demokratie der Würde des Menschen verpflichtet und strebt deren Gewährleistung tatsächlich an. Doch verschiedene politische, gesellschaftliche und auch technische Entwicklungen fordern sie heraus.

„Wenn Freiheit und Demokratie auch keine äquivalenten Begriffe sind, so sind sie doch komplementär: Ohne Freiheit ist die Demokratie Despotie, ohne Demokratie ist die Freiheit eine Chimäre“, zitierte der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier den mexikanischen Dichter Octavio Paz. Auch wenn diese Worte in der Sache keine neuen Erkenntnisse liefern, sollten sie angesichts der weltweit – und selbst in Mitgliedstaaten der Europäischen Union – grassierenden autoritären Entwicklungen ausdrücklich hervorgehoben werden, sagte er. Liberalität und Rechtsstaatlichkeit sind bei uns und in den meisten Staaten der Europäischen Union zweifellos nicht in vergleichbarer Weise in Frage gestellt wie in Ungarn oder auch in Polen.

## Überlegungen in Krisenzeiten

Aber aufhorchen müsse man schon, wenn angesichts der zurückliegenden epidemischen Notlage hochrangige Politikerinnen und Politiker in diesem Land von „Lockerungsorgien“ oder von „Rückgabe von Grundrechten“ sprachen oder davon, „die Zügel wieder anzuziehen“. Das Motto „Der Zweck heiligt die Mittel“ scheine auch bei uns ansatzweise feststellbar. In einem freiheitlichen Verfassungsstaat sollten solche Überlegungen, auch in Not oder in Krisenzeiten, schon im Ansatz verworfen werden, appellierte Papier, der Kooperationspartner beim Forum Verfassungspolitik der Akademie ist.

Auch der Verfassungsrechtler und Rechtsphilosoph Horst Dreier von der Universität Würzburg betonte, dass man mit Formulierungen wie „Aufhebung“ oder „Suspension der Grundrechte“ vorsichtig sein müsse.

## Außerkraftsetzung der Grundrechte?

Denn das hieße ja die temporäre Außerkraftsetzung der Grundrechte, also vollständiger Entfall der Geltingskraft eines der Fundamente unserer demokratischen Ordnung. Solch ein Ansatz ist dem Grundgesetz – anders als der Weimarer Reichsverfassung – fremd, sagte Dreier. Sonst hätten die Gerichte bei ihren Pandemie-Entscheidungen die Grundrechte nicht heranziehen dürfen – etwa in Zusammenhang mit den Demonstrationsverboten den Artikel 8 GG.

Nicht nur angesichts der Pandemiepolitik stellte der Politikwissenschaftler Edgar Grande vom Wissenschaftszentrum Berlin fest, dass in der Öffentlichkeit und in der wissenschaftlichen Literatur derzeit eine erhebliche Verunsicherung über Zukunft und Zustand der liberalen Demokratie herrsche.

## „Verwahrlosung der Demokratie“

Die Herausforderung bestünde nunmehr darin, die Realverfassung der liberalen Demokratie auf den Begriff zu bringen und zu vermitteln. Dazu gehöre zum



Forum Verfassungspolitik mit (v. links): Meinhard Schröder (Uni Passau), Ursula Münch, Journalistin Susanne Gaschke, Horst Dreier (Uni Würzburg), Hans-Jürgen Papier, Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, Präsident des Bay. Verfassungsgerichtshofs Peter Küspert, Gero Kellermann, Landtagspräsidentin Muhterem Aras und Stephan Thomae (stellv. Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion).  
© Winterer (APB)

Beispiel, den Respekt vor Institutionen zu erhalten. „Wir dürfen die Verwahrlosung der Demokratie, die Missachtung demokratischer Regeln und Verfahren – durch wen auch immer – nicht tolerieren“, appellierte Grande. Die Missachtung von Institutionen sei der erste Schritt auf dem Weg zum Sterben von Demokratien, so Grande unter Verweis auf Grundlagenforschungen.

Argumentationsketten, die Vorschläge von den Grundwerten der Verfassung her entwickeln, treffen wir in der politischen Auseinandersetzung selten an, bedauerte die Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg Muhterem Aras (Bündnis 90/Die Grünen). Wir Deutsche behandeln unser wunderbares Grundgesetz in unseren Debatten stiefmütterlich, sagte sie.

## Bedeutung der Grundwerte im Hier und Jetzt

Bei vielen Vor-Ort-Gesprächen als Landtagspräsidentin spüre sie jedoch einen großen Bedarf bei vielen Bürgerinnen und Bürgern, grundsätzlich zu diskutieren. Für die Zukunft der liberalen Demokratie sei es entscheidend, dass wir uns immer wieder unseres Wertefundaments versichern und uns fragen, was unsere Grundwerte im Hier und Jetzt bedeuten, sagte die Landtagspräsidentin.

„Die parlamentarische Demokratie im 21. Jahrhundert steht unter Druck, aber nicht vor ihrem Ende“, so Stephan Thomae, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. Im Wettbewerb der Staatsformen und im Ringen der Staatsgewalten müsse sich das Parlament stets aufs Neue behaupten, knüpfte Thomae an den Eröffnungsvortrag von Bundespräsident Schäuble an (siehe den vorangegangenen Bericht). Die Entwicklung zu einer gubernementalen Demokratie, in der die Regierung die Schlagzahl bestimmt und das Parlament zu Fuß zu folgen versuche, sei nicht erst im Zuge der Pandemiepolitik offenkundig geworden, führte Thomae aus.

## Demokratische Elitenauswahl

Für die Frage der Zukunft der Demokratie ist die derzeitige Realität demokratischer Elitenauswahl ein Problem, so die Journalistin Susanne Gaschke. Es gäbe ein Gefühl der Entfremdung zwischen dem politischen Personal und den Menschen, die sich als „normale Bürger“, also als nicht mit diesen Dingen befasste, als repräsentierte Bürger verstehen. Ein wesentlicher bestimmender Faktor für die politische Karriere sei die Zeit, die man in Parteigremien verbringe. Das führe zu „Parteimenschen“, die die Welt zum Teil dann doch erheblich anders sehen als Menschen, die jeden Tag im Beruf durch ganz andere Dinge gefordert sind, sagte Gaschke.

Der Rolle der Medien in der Demokratie widmete sich die Intendantin des Bayerischen Rundfunks Katja Wildermuth. Insbesondere durch die sozialen Medien sei die alleinige Deutungshoheit des politischen und gesellschaftlichen Geschehens durch die klassischen Medien verlorengegangen. Ein Einzeller könne schon mal mehr Wirksamkeit erreichen als ein Massenmedium. Nicht umsonst würden ja Länder wie zum Beispiel China versuchen, das freie Internet abzuschaffen.

## Horizontverengung

„Tragen die zahlreichen neuen digitalen Angebote in gefestigten Demokratien wie in Deutschland zu einer größeren Vielfalt und Polyperspektivität bei?“, stellte Wildermuth zur Diskussion. Dass dies meist am Ende leider nicht der Fall ist, zeige sich am Phänomen der Filterblasen und Echokammern. Nicht Horizonterweiterung, sondern -verengung würde von den Algorithmen befördert. Das bedeute aber nichts Gutes für unsere Demokratie. „Hochwertiger Journalismus ist in unserer Welt notwendiger denn je“, sagte die Intendantin.



Intendantin Wildermuth: Hochwertiger Journalismus notwendiger denn je.

© Schatz (APB)

Neben dem medialen und coronabedingten Wandel wird die liberale Demokratie immer vehementer mit dem Globalthema Klimawandel konfrontiert. Was die Staatsgewalt tun muss, wird primär durch die Verfassung bestimmt, sagte Meinhard Schröder, Verfassungs- und Europarechtler von der Universität Passau.

## Klimaschutz als Verfassungsgebot

Auch wenn das Grundgesetz nichts zum Klimaschutz sagt, ist dieser spätestens seit der Einführung von Art. 20a GG im Jahr 1994 (Staatsziel des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen) ein Verfassungsgebot, stellte er klar. Dabei liege es in der Natur der Sache, dass der Spielraum der zukünftigen Parlamente eingeschränkt wird.

Dem demokratischen Wettstreit blieben jedoch die Definition des Klimaschutzzieles und auch der Weg dorthin überlassen. Das Gericht habe der Versuchung widerstanden, selbst konkrete Klimapolitik zu machen, führte Schröder aus.

Gero Kellermann

## Demokratie neu denken

Ist die liberale Demokratie gegenüber den vielfältigen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewappnet? Eine der diesjährigen Sommerakademien ging der Frage nach, wie sich die Demokratie und das Politische angesichts aktueller Umbrüche und globaler Krisenphänomene philosophisch denken lassen.

Vor dem Hintergrund aktueller weltgesellschaftlicher Transformationen muss demokratisches Handeln sich stets neu bestimmen und hinterfragen. Im Rahmen der Tutzinger Sommerakademie wurden daher neue und alternative Zugänge zur Demokratie diskutiert, um zu reflektieren, wie ein heutiges Demokratieverständnis aussehen kann. Hedwig Richter (Universität der Bundeswehr München) wies dabei in ihrem Auftaktvortrag zunächst auf den permanenten historischen Wandel der Demokratieverständnisse hin und hob von hier aus den Projektcharakter der Demokratie hervor. Die liberale Demokratie rekonstruierte die Historikerin als ein partikuläres Modell unter anderen und bezeichnete liberale Demokratisierungsprozesse im Rekurs auf den Soziologen Rudolf Stichweh insgesamt als *Inklusionsrevolutionen*, die mit den modernen Ideen der Nation, Gleichheit und Menschenwürde verbunden seien. Zugleich gelte es aber Phänomene wie Sklaverei oder Populismus ebenso als inhärenten Teil der Demokratie zu begreifen und zu problematisieren. Dabei ging Richter von der Erkenntnis aus, dass friedliche Transformationsprozesse, historisch betrachtet, eher zur Demokratisierung von Gesellschaften führten als gewalttätige. Der Fokus einer Politik fortschreitender Demokratisierung müsse daher eher auf Reformbewegungen statt auf revolutionären Umwälzungen liegen.

Ähnlich beschrieb auch Veronika Hilzensauer (Universität Giessen) Demokratie als lebendigen Prozess, fokussierte aber ausgehend von der Philosophie Adornos mehr auf die einzelnen Bürgerinnen und Bürger. Demokratie erfordere die Mündigkeit der Einzelnen im Sinne eines selbstständigen Denkens. Dabei beinhaltete Mündigkeit immer auch Formen widerständigen Denkens, um in ein kritisches Verhältnis zur Welt und zu sich selbst zu treten. Widerstand beginnt Hilzensauer zufolge daher nicht erst im kollektiven Handeln, sondern bereits in der kritischen und reflexiven Haltung der Einzelnen gegenüber politischer und gesellschaftlicher Fremdbestimmung. Auf dieser Basis zog Hilzensauer einige bildungspolitische Schlussfolgerungen: Das derzeitige schulische Notensystem fördere gerade nicht eine Erziehung zur Mündigkeit, sondern leiste einem diskriminierenden Schubladendenken und der unkritischen Anpassung der Einzelnen an vorgegebene Kategorien Vorschub. Der Leistungsdruck und das Abarbeiten fixer Lerninhalte behindere insgesamt das eigenständige Denken. Dagegen gelte es die Erkenntnis zu stärken, dass Demokratie immer Ausdruck der Mündigkeit aller Bürgerinnen und Bürger sei.

### Ein lebendiger Prozess

In seiner Vorstellung postmoderner Perspektiven ging Christian Schwaabe (LMU München) allgemein von einem Verständnis des Politischen als Streit aus, welches er zunächst mit Jean-François Lyotard gegen das liberale Konsensmodell von Politik richtete. Nach dem Ende der universalen Metaerzählungen von Vernunft, Emanzipation und Humanität gäbe es Wissen, Wahrheit und Gerechtigkeit fortan nur noch im Plural. Angesichts dieser postmodernen Infragestellung der sozialen Legitimationsfunktion tradierter Großerzählungen bestünde die vornehmliche Aufgabe des Politischen nun darin, Minoritäten zu stärken und gesellschaftliche Ausschlüsse sichtbar zu machen. Gleichzeitig dürfe aber die postmoderne Kritik von Absolutheitsansprüchen nicht zu weit getrieben werden, da eine solche dauerhafte Selbstdragestellung auf ihrer Rückseite gleichzeitig die perfekten Bedingungen für illiberale Politikansätze und Rechtspopulismus schaffe.



Berlin 2011: Greenpeace-Protestaktion gegen Atomkraft  
© iStock/bjolo



Stuttgart 2013: Protest gegen Bahnprojekt Stuttgart21  
© iStock/killerbayer



München 2014: Demo gegen Schwangerschaftsabbrüche  
© iStock/ETIENJones



München 2015: Antikriegsmarsch gegen NATO-Ausbau  
© iStock/servickuz

Im Rekurs auf Richard Rorty sprach sich Schwaabe schließlich für einen Vorrang der demokratischen Praxis vor der philosophischen Reflexion aus. Dabei gehe es weniger um die abstrakte Begründung als vielmehr um die pragmatische Beglaubigung und narrative Artikulation demokratischer Prinzipien in der öffentlichen Debatte. Vor diesem Hintergrund kritisierte Schwaabe, dass die politische Linke aktuell zu rationalistisch verfahre und das Feld der politischen Mobilisierung von Emotionen kampflos den Rechtspopulisten überlasse. Statt zu moralisieren müsse es stärker darum gehen, für die eigenen Überzeugungen öffentlich einzutreten, auch wenn diese unter postmodernen Bedingungen als contingent und relativ verstanden werden müssten.

## Irritationen der Demokratie

Ausgehend von Hannah Arendts politischem Denken widmete sich Linda Sauer (TU München) dem Verlust politischer Urteilskraft unter den Bedingungen des digitalen Strukturwandels in heutigen Netzwerkgesellschaften und nahm dabei kritisch Bezug auf die fehlende öffentliche Kontrolle digitaler Plattformen. Sauer zufolge falle im virtuellen Raum tendenziell die Beobachter- und Zuschauersituation weg, die in analogen Handlungskontexten das Verhalten von Akteuren reguliere. Dies führe vermehrt zur Singularisierung, Polarisierung und Radikalisierung im Rahmen digitaler Kommunikationsformate, während das Wegfallen von Gatekeepern jedoch zugleich auch neue Partizipations- und Befreiungspotenziale eröffne.

Nicki Weber (TU München/Universität Augsburg) und Martin Oppelt (TU München) nahmen in ihren beiden Vorträgen jeweils unterschiedliche Irritationen der Demokratie in den Blick. Weber rekonstruierte dabei den Kolonialismus als dunkle Seite der Aufklärung. Angeichts ihres kolonialen Erbes reproduziere demokratische Politik bis heute Formen von Rassendenken und globale Gewaltstrukturen. Diese gewaltförmige Rückseite bezeichnete Weber in Anlehnung an Achille Mbembe als Terror der Demokratien, dessen Spuren er u.a. in der Debatte um die Rückgabe afrikanischer Kulturgüter und der Weigerung westlicher Staaten, Restitution zu leisten, nachzeichnete. Auch die Illegalisierung von Flüchtlingen durch restriktive Grenz- und Migrationspolitiken beruhe auf rassistischen Denkstrukturen, die in demokratischen Diskursen bisher zu unkritisch transportiert würden und entschiedener infrage gestellt werden müssten.

## Demokratie muss fortlaufend demokratisiert werden

In einer radikaldemokratischen Tradition plädierte Martin Oppelt für ein Verständnis der Demokratie als dauerhafte Irritation einer jeden geschlossenen

Ordnung und festen Grundlage von Politik. Die Demokratie müsse vielmehr fortlaufend demokratisiert werden, da sie im Laufe ihrer Geschichte mit Vernunft im Sinne eines herrschaftsfreien Diskurses gleichgesetzt worden sei. Dadurch würden jedoch die mit der Demokratie immer auch verbundenen Ungleichheiten und Ausschlüsse aus Diskursen unsichtbar gemacht und Kritik an der Demokratie als unvernünftig dargestellt. Der Fokus auf demokratische Institutionen reiche nicht aus, um Demokratie verstehen zu können. Stattdessen gelte es, Demokratie von der anarchischen Kraft des Volkes im Sinne des *Demos* aus zu denken, welche nie vollständig institutionalisierbar sei. Gerade sein widerständiger Charakter mache den *Demos* so zur Legitimationsgrundlage demokratischer Politik.

Nejma Tamoudi (HFPH) schließlich beschäftigte sich mit dem politischen Charakter von Zeit. Als Grundkategorie menschlicher Erfahrung sei Zeit ein integraler Teil des Politischen und müsse daher demokratietheoretisch deutlicher berücksichtigt werden. Angesichts einer aktuellen Beschleunigung gesellschaftlicher Prozesse durch Ökonomie und Technologie dürfe Politik nicht als Verwaltung von Sachzwängen begriffen werden, sondern müsse unterschiedliche Zeiterfahrungen, Interessen und Bedürfnisse miteinander synchronisieren und soziale Geschwindigkeiten stärker steuern. Besonders gelte es dabei, dem gegenwärtigen klimapolitischen Stillstand durch das Öffnen politischer Handlungsräume entgegenzuwirken, um Visionen und Utopien einer politisch und gesellschaftlich gestaltbaren Zukunft zu fördern.

Simon Faets



Berlin 2017: Protestbanner, um zu bleiben

© iStock/hanohiki



Berlin 2018: Gegenprotest gegen die Demo der AfD

© iStock/hanohiki



Wolfsburg 2020: Landwirte marschieren auf gegen Umweltauflagen

© iStock/Ilari Nackel



Braunschweig 2021: Menschen beim CSD – Christopher Street Day

© iStock/geogif



Der 1,91 m große humanoide Roboter Rollin' Justin heute noch beim Putzen, morgen soll er Astronautinnen und Astronauten im Weltraum assistieren. 2008 wurde das ca. 200 Kilo Schwerengewicht der Öffentlichkeit vorgestellt.

© DLR (CC-BY 3.0)

## Überholt uns die Wirklichkeit? Sommerakademie über die technologische Welt im Wandel

Wie sehen die Entwicklungen bei Informationstechnologien, Robotik und KI aus? Und welche ethischen und rechtlichen Probleme entstehen? Expertinnen und Experten aus Technik, Recht und Ethik gaben Antworten.

Die Frage, was technisch heute und in Zukunft alles geht, betrachtete Martin Schulz von der TU München aus der Sicht eines Rechnerarchitekten. Die Hochleistungsrechner hätten innerhalb von nur zwölf Jahren ihre Geschwindigkeit um das Fünfundsiebzigfache gesteigert. Bei der Eisenbahn hatte eine solche Steigerung von der ersten Dampflok bis zum TGV noch 200 Jahre gedauert. Das „High Performance Computing“ habe sich durch die neu erlangten Möglichkeiten zu einem Rückgrat der Wissenschaft entwickelt.

### Zeitleiste für eine Marssmission von der Erde zum Mars



#### Die zwei Jahre vorher

Wenn die Mars-Erde-Konstellation günstig ist, wird alles, was man vor Ort brauchen wird, auf den Mars geschickt plus Roboter, damit er das Habitat samt Infrastruktur aufbaut (siehe Checkliste).

#### Tag 1

Start: Rakete startet auf der Erde

#### Tag 3

Zwischenstation: Ankunft Mond Orbit

## Von Kartoffelchip-Design bis Erbebensimulation

Die Anwendungsmöglichkeiten machte Schulz anhand von Beispielen plastisch. Dabei ginge es um so verschiedene Dinge wie Materialerstarrung, produktionsoptimierendes Kartoffelchip-Design, Klimavorhersagen, Erdbebensimulation, Lungensimulationen, maschinelles Lernen und künstliche Intelligenz (KI). Neue Technologien und weitere Steigerungen seien zu erwarten. Allerdings seien diese noch weniger vorhersagbar als bisher.

Daniel Leidner vom Institut für Robotik und Mechatronik des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) aus Oberpfaffenhofen warf einen Blick auf die Zukunft der be mannten Raumfahrt. Sie wird geprägt sein durch Teams aus Astronauten und Robotern, die weiter in unser Sonnensystem vordringen als je zuvor, sagte Leidner voraus.



Daniel Leidner (DLR) über das Vordringen ins Sonnensystem  
© Behrendt (APB)

## Landung auf dem Mars

Die Zukunftsroboter werden genauso geschickt sein wie Menschen und auch in puncto Denkvermögen aufschließen, so der Robotikforscher. So könnten „On-ground Assistenzroboter“ – von „On-orbit Astronauten“ kontrolliert – auf dem Mars Vorbereitungen für eine Landung von Menschen treffen.

Wie sich Weltraumprojekte auf die Innovationskultur auswirken können, demonstrierte Laura Schulze vom Leibniz-Rechenzentrum der Akademie der Wissenschaften in Garching am Beispiel USA. Kennedys Mission, als erste Nation auf dem Mond zu landen, habe inspirierend gewirkt und viele positive Nebeneffekte gehabt.



Laura Schulz (Leibniz-Rechenzentrum) über Kennedys Mondmission

Solche Nebeneffekte hat auch die Robotikforschung für den Weltraum, wie Jörn Vogel vom DLR demonstrierte. Die von ihm geleitete Forschungsgruppe über „Re-Enabling Robotics“ befasst sich mit Assistenzrobotern für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen. Vogel stellte dar, wie pflegebedürftige Menschen zum Beispiel bei der Nahrungsaufnahme unterstützt werden können.

## Problem bestehender Unsicherheiten

Die Robotikforschung der Öffentlichkeit zu vermitteln, ist oftmals herausfordernd, so Lioba Suchenwirth, Institutsbeauftragte für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit am Institut für Robotik und Mechatronik des DLR. Besonders schwierig sei die Vermittlung vom Nutzen der Robotik, wenn die Anwendung immer noch hohe Unsicherheiten aufwirft oder Vorwissen erfordert, erörterte Suchenwirth.

Der Dronentechnologie widmete sich Martin Werner, Professor für Big Geospatial Data Management an der TU München. Er kam zu dem Schluss, dass der

### Tag ~10

Abschluss des Slingshoot Manövers (um Energie aufzuladen) zur Beschleunigung Richtung Mars

### Tag ~200

Abkoppeln der Landefähre und Landung

### Tag ~190

Ankunft im Mars Orbit



© PIA18033/NASA

Rechtsstaat mit der Drohnentechnologie noch nicht zufriedenstellend vereint ist. Momentan könne jeder Drohnen kaufen und fliegen, ein Betroffener könne eine Drohne weder vom Grundstück verjagen noch identifizieren und auch die Verteidigung von Flughäfen und anderen kritischen Infrastrukturen gegen Drohnen sei noch nicht gut. Auch kann durch Drohnen nicht nur bewusst, sondern auch versehentlich in die Privatsphäre eingebrochen werden, sagte Werner.

Ist die Privatsphäre nicht ohnehin ein Auslaufmodell? Dieser Frage stellte sich Aqilah Sandhu von der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg. Sie sieht einen Paradigmenwechsel bei der Privatsphäre.



Aqilah Sandhu (Uni Augsburg)  
über Auslaufmodell Privatsphäre

## Kontrolle über Daten

Von einer Abwehrhaltung, private Rückzugsorte zu haben und unbehelligt von der Öffentlichkeit zu leben, ginge die Entwicklung zu einer Anspruchshaltung. Diese sei dadurch gekennzeichnet, dass man sich als sozialen Wesen insbesondere online entfalten kann – unter minimaler Preisgabe von personenbezogenen Daten und unter Wahrung der Kontrolle über seine Daten.

Wie wird online unser Verhalten durch Big Data beeinflusst? Sarah Lockfisch und Gabriel Lindner von ThinkTech, einem interdisziplinären Verein zur Förde-

lung von Problemlösungen an der Schnittstelle von Technologie und Gesellschaft, zeigten Möglichkeiten der datengestützten Verhaltensbeeinflussung. Dazu gehörten bei Service-Apps etwa voreingestellte Trinkgeldhöhen oder Belohnungssysteme für Vielnutzer.

## Verbraucherschutz versus Wettbewerbsschutz

Mit möglichen rechtspolitischen Antworten auf Nutzung und Folgen von Algorithmen setzte sich der Jurist Felix Rützel von der Universität Passau auseinander. Er verwies auf eine komplexe Interessenlage: Auf der eine Seite stehen der Verbraucher- und der Datenschutz, auf der anderen Seite der Schutz von Innovationen, der Urheber-, Geschäftsgeheimnis und Wettbewerbsschutz.

„Haben wir die Kontrolle über Software schon verloren?“ fragte der IT-Berater Thomas Matzner aus München. Er hält es für problematisch, über Maschinen so zu sprechen als seien sie Menschen. Eine „Vermenschlichung der Maschine“ lenke von der Verantwortung der Betreiber, Fachexperten, Informatiker und Tester ab.

Gero Kellermann

## Linktipps

**Um zum Mars zu kommen, ist es vorgesehen, aus dem Orbit des Mondes heraus zu starten. So spart man Energie. Wie das funktioniert, ist in diesem Video zusammengefasst: [https://www.youtube.com/watch?v=\\_T8cn2J13-4](https://www.youtube.com/watch?v=_T8cn2J13-4)**

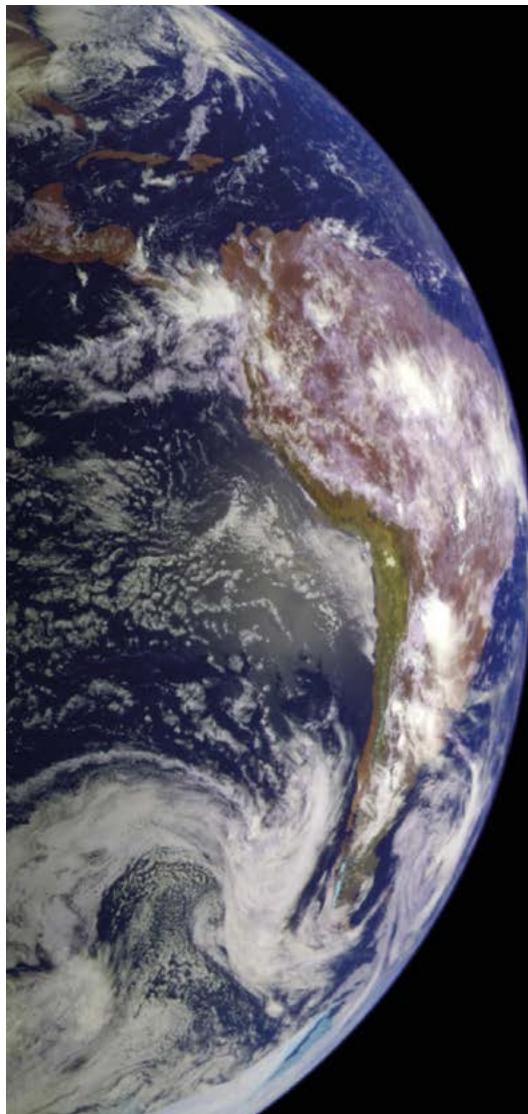
**Auf dem Weg und auch auf dem Mars selbst spielt Strahlenschutz eine elementare Rolle. (Mars-)Missionen sollten daher nicht länger als 4 bis 5 Jahre dauern, ein empfehlenswerter Artikel dazu: <https://phys.org/news/2021-08-mars-mission-viable-doesnt-years.html>**



Dann folgen etliche Experimente und die Langzeit-Mission. Wann genau der Rückflug stattfindet, ist ungewiss, aber eventuell erst nach mehr als einem Jahr, da dann die Konstellation Mars ↔ Erde wieder besser ist. Höchstens aber darf eine Mission 4-5 Jahre dauern wegen der hohen Strahlenbelastung.

### Tag ~500

Start Richtung Orbitaler Basis



© PIA00342 / NASA/JPL/USGS

## Checkliste „Mars-Mission“ – die benötigten Elemente sind...

- **Spezialnahrung**, gut zu lagern (daher nicht frisch) und angereichert mit Nährstoffen. Aber: bzgl. frischer Nahrung sind Forschungen angestossen, im Idealfall können die Astronautinnen und Astronauten irgendwann Gemüse in Containern auf dem Mars anbauen.
- **Energie / Strom** – im Moment vor allem Solar-energie und radioaktive Strahlung in Form von Radiumuklidbatterien als Treiber im Einsatz
- Zur Kommunikation zwischen Mensch und Mensch und Mensch und Roboter **Antennen und Satelliten**
- **Habitat** (in sich geschlossener Wohn- und Arbeitskomplex für Forschende) mit sehr gutem Strahlenschutz (auch auf der Reise), da die Beteiligten Weltraumstrahlung ausgesetzt sind
  - **Transportsystem** für die Rückkehr. Mars hat nur oder immerhin die Hälfte der Anziehungskraft der Erde, daher braucht es Treibstoff für eine wiederverwendbare Rakete
  - Und da man das nicht alles schlüsselfertig vor Ort auf dem Mars hat, braucht man **Roboter**, um alles aufzubauen

### Das Jahr danach

Auswertung der Ergebnisse und Materialuntersuchung (Steine und Sand vom Mars) und physiologische Tests (Strahlbelastung, Muskel- und Knochenschwund, Organfunktionen, motorische Test etc.)



Tag ~700

Ankunft auf der Erde

Tag ~520

Start Richtung Erde

## Gesundheit als Definitionssache

### Sommerschule mit südosteuropäischen Partnern

Endlich Präsenz! Ende Juni konnte am Starnberger See die erste große internationale Tagung seit langer Zeit stattfinden. Forschende und Studierende aus Kroatien, Griechenland, Bulgarien und Deutschland trafen sich zur 8. Internationalen Bioethik Sommerschule. In Tutzing konnte sie schon zum dritten Mal gemeinsam mit der FernUniversität in Hagen und unterstützt vom DAAD organisiert werden.

Statt auch diese Veranstaltung zu einer zoom-Konferenz zu machen und damit in die Welt der Avatare zu wechseln, hielten die Beteiligten an der bewährten Idee fest, wonach wissenschaftlicher Austausch und internationale Vernetzung auch direkte Begegnung erfordern – im Hörsaal wie beim abendlichen „Bier auf Abstand“. Die Freude darüber war bei allen Anwesenden groß. Lediglich die Teilnehmenden aus Albanien, Serbien und Bosnien-Herzegowina mussten mit dem Bildschirm Vorlieb nehmen – aus diesen Ländern war zum Zeitpunkt der Konferenz nur landwirtschaftlichen Hilfsarbeitern die Einreise in die Bundesrepublik erlaubt, nicht aber Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

„Integrative Bioethik“ heißt das innovative Vorhaben, dem sich die Sommerschulen widmen: Im stets schon gelebten Vollzug menschlichen Lebens soll dessen Freiheitsverwirklichung entdeckt und deren implizite Normativität erkannt werden. Diese Bioethik produziert also keine neuen Gebote und Verbote, sondern sie ist bestrebt zu erkennen, was „immer schon“ im Leben der Menschen die Grundlage von deren Gedeihen ist. Die Bedingung der Möglichkeit wirklich freien Lebens soll dadurch in der Erkenntnis wie im Handeln bewahrt werden: Freie Kommunikation ist dafür wesentlich.

So lag es nahe, in diesem Jahr das Auftreten von COVID-19 und die vielfältigen krisenhaften Reaktionen darauf zu betrachten: Der Begriff der Gesundheit und das Konzept von „Public Health“ waren daher im Fokus.

Thomas Sören Hoffmann, Philosoph und Mitorganisator von der FernUniversität in Hagen, zeigte die Herkunft von Public Health aus der im 18. Jahrhundert entstehenden Gesundheitsbewegung auf. Zwar kann nur das Individuum gesund und krank sein, doch die ganze Gattung kann von Krankheit betroffen sein. Das nimmt die Gesundheitsbewegung zum Anlass, die Gesundheit selbst zu einem öffentlichen Gut zu erklären. Doch damit spielen auch öffentliche Interessen in die Gesundheit hinein und solche sind allgemein nicht identisch mit denen des Individuums, vielmehr überstimmen sie diese regelmäßig. Daraus entstehen menschenrechtliche Konflikte, denn die Menschenrechte sollen gerade die Position des Individuums und seine grundlegenden Rechte und Interessen prinzipiell schützen. Der Gesundheitsbegriff wird dabei nur homonym verwendet, denn individuelle und öffentliche Gesundheit haben letztlich wenig miteinander zu tun. Beim einen geht es um das eigene Erleben des Menschen, beim anderen geht es um – meist über Zahlen vermittelte – allgemeine Risikoerwägungen, weshalb man bei Public Health auch – schon lange vor der COVID-19-Reaktion, die das in aller Deutlichkeit zeige – vom „Regieren mit Zahlen“ spricht.

### Public Health-Interventionen arbeiten mit extrinsischer Motivation

In vier weiteren Dimensionen gibt es einen grundlegenden Unterschied zwischen der individuellen Gesundheit und der Gesundheit als öffentlichem Interesse: Schon aus intrinsischer Motivation heraus kümmern Menschen sich um ihre Gesundheit, Public Health-Interventionen hingegen arbeiten mit extrinsischer Motivation (etwa mit Geldprämien für Impfungen oder Alltagshindernissen für nichtgeimpfte Personen); bei der individuellen Sorge um die Gesundheit geht es um interpersonale Beziehungen (zum Beispiel zwischen Arzt und Patient), während Public Health asymmetrisch wirkt; dem Individuum geht es um seine prekäre Autonomie, Public Health verfolgt demgegenüber ein öffentliches Interesse; in der Konfrontation des Individuums mit Krankheiten erfährt es eine existentielle Grenzsituation mit bedeutsamen Wirkungen auf seine Biographie, demgegenüber arbeiten Public Health Operations mit externer Furchtinduktion. – Passenderweise waren die Pioniere der Gesundheitsbewegung in England (Edwin Chadwick) Anhänger utilitaristischer Positionen, bei denen es stets um den Zustand einer großen Zahl, nicht aber um das unvertretbare Individuum und dessen Recht geht. Jeremy Bentham sprach von „health is wealth“.



*Bocca della denunce di Sanita: Wie im Jahr 2020 in der Stadt Essen, die zeitweise ein anonymes Internetmeldeportal für Infektionsschutzmaßnahmenverletzungen unterhielt, so war auch im Dogenstaat Venedig die anonyme Denunziation ein Mittel der öffentlichen Krankheitsbekämpfung. Hier konnte man die Anschuldigung in das Löwenmaul stecken.*

© Wikimedia commons / Didier Descouens, Chiesa di Santa Maria della Visitazione (degli Artigianelli) Bocca di Leone, CC BY-SA 4.0

Auch in der institutionellen Durchsetzung wird deutlich, daß es bei Public Health nicht um das gesunde Individuum geht, so saßen schon im Venedig des 17. Jahrhunderts Senatoren und nicht Ärzte im Gesundheitsrat. – Ein klinisch praktizierender Arzt ist auch unter den Beratern der für die deutsche „Corona-Politik“ entscheidenden Ministerpräsidentenkonferenzen nicht vertreten.

## Vertauschung von Wirklichkeit und Möglichkeit

Der homo hygienicus, dessen Ziel „Reinlichkeit“ ist, drückt das neue (Selbst-)Verständnis des Menschen aus. Die neue wissenschaftliche Medizin hat erklärtermaßen nicht mehr die Heilung von Kranken, sondern die Erkenntnis zum Ziel. Es treten utopische Ideen auf den Plan, wie die „Befreiung von Krankheiten“ durch deren „Ausrottung“. Welche Krankheiten derartige Aufmerksamkeit erhalten, ist eine politische Entscheidung, Risikoerwägungen aufgrund von Modellen und Sicherheitsbestreben prägen den Diskurs. Sogar Wirklichkeit und Möglichkeit ändern ihren Wert, eine Folge dieser Umorientierung zeigte sich im Jahr 2020: So wurden echten Kranken Betten und Behandlungen

verweigert um willen des Freihaltens von Betten für mögliche, zukünftige Patienten. Der normative Sinn von Gesundheit als abhängig vom Eigensinn freier Akteure gehe damit verloren, so der Philosoph Hoffman.

## Corporate Health

Über Diskursverschiebungen und Begriffsumwandlungen berichteten auch Andreas Brenner (Basel) und Markus Knaup (Hagen). Einig waren sie sich darin, dass ein Staatsnotstand nur durch eine Bedrohung des staatsbegründenden Rechts bestehen kann und nicht durch einen möglichen Ausfall einer Funktion der Daseinsvorsorge. Wenn aber Freiheit zum Problemerzeuger wird und die abstrakte Konzentration auf ein Einzelproblem die Politik bestimme, gehe mit der Relationslosigkeit auch die Vernunft verloren. Brenner forderte dagegen „philosophische Herdenimmunität“. Michael Spieker (Tutzing/Benediktbeuern) zeigte anhand der Entwicklung des Gesundheitsbegriffs von der Antike bis zur Neuzeit mögliche Quellen für solch eine Immunisierung auf.

Tiefgreifende Entfremdungstendenzen im modernen Selbst wurden von Hrvoje Juric (Zagreb) analysiert. Seit der Antike wird als gesund diejenige Verfassung

eines Individuums bezeichnet, in der es aktiv handeln und seine Aufgaben erfüllen kann. Das Gegenteil eines integrativen Konzepts sei es nun, wenn das eigene Erleben und Handeln können nicht mehr als Grundlage der Gesundheit ausreicht, sondern von einer dritten Instanz unabhängig vom Individuum definiert werden kann, ob man gesund oder krank ist und daran weitreichende Folgen geknüpft sind. Juric griff auch die ökonomischen Interessen an der Definitionsmacht auf und sprach im Blick auf die Gegenwart von einem neuen, wirkmächtigen Gesundheitsbegriff: „corporate health“.

### Völkerrecht und Gesundheit

Ein öffentlicher Gesundheitsnotstand von weltweitem Ausmaß (englisches Akronym: PHEIC) wurde durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 30.01.2020 verkündet. Seit 2005 ist dieser Schritt im Falle von Influenza und SARS-Auftreten vereinfacht und es zählt dafür nicht mehr so sehr die Schwere der Erkrankung, sondern die Tatsache internationaler Verbreitung. Dieser Beschluss hat auch eine ökonomische Dimension, da mit solch einer Erklärung beispielsweise Mittel für die Herstellung von Impfstoffen mobilisiert werden. In der Folge wurde die Erklärung des Notstands weltweit zum Ausgangspunkt drastischer politischer Maßnahmen. Dabei handelt es sich um einen politischen Beschluss, nicht um ein medizinisches Konzept. Silvia Behrendt (Salzburg), Juristin und frühere Mitarbeiterin der WHO, führte in die völkerrechtlichen Regelungen der International Health Regulations (IHR) ein, die der Politik der WHO zugrunde liegen.

Zentral ist dabei laut Vertragstext der Respekt vor der Würde des Menschen (Art. 3 IHR), ein Thema, das von Stavroula Tsinorema (Kreta) vertieft wurde, die darauf hinwies, dass das allgemeine „Recht auf Gesundheit“ kein Recht auf die Verletzung anderer Rechte begründet. Im Falle eines PHEICs empfiehlt ein Notfallkomitee verbindliche Gesundheitsmaßnahmen. Im Zuge von COVID-19 haben weltweit die Staaten Verordnungen erlassen, die weit darüber hinausgehen, was die WHO empfiehlt. Dies geschah ohne Transparenz und ohne angemessene Risikobewertung, so Behrendt. Die IHR erforderten dabei Maßnahmen, die so wenig Störungen verursachen wie möglich.

Um dies zu beurteilen gibt es beim Generaldirektor der WHO ein eigens für einen PHEIC eingerichtetes Review-Committee. Es führt das Monitoring über die IHR durch. Behrendt machte auf den problematischen Umstand aufmerksam, dass sich in diesem Gremium Mitglieder selbst überprüfen, zum Beispiel in der Person des Präsidenten des Robert Koch-Instituts, das in Deutschland der Hauptakteur der IHR ist. Weder im Rechtsstaat noch in der Wissenschaft sei das sachgemäß.

So gab die Sommerschule bei aller Freude über das gemeinsame Treffen in Präsenz Anlass zu mancher Besorgnis. Sie fängt mit der Verwunderung darüber an, was ein Treffen in Absenz sein sollte und führt bis zu der prinzipiellen Erwägung, dass ohne einen klaren Begriff der menschlichen Würde auch deren Schutz nicht möglich sein wird.

Michael Spieker



© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM



## Kollegium

**Simon Faets, Mag.Theol.** sprach im Juli auf der diesjährigen Promovierendenkonferenz der Hans-Böckler-Stiftung „But Some are More Equal than Others“ zum Thema „Who is Able to Become a Subject of Rights?“. Im Rahmen des VII. Studierenden- und Promovierendenkongresses der Deutschen Gesellschaft für Philosophie, die im September an der Universität Erlangen-Nürnberg stattfand, hielt er einen Vortrag über den „Demos als Widerstand der global Ausgeschlossenen“. Im Oktober sprach er außerdem auf der VIII. Tagung für Praktische Philosophie an der Universität Salzburg zum Thema „Der Flüchtling als (post-)koloniales Rassesubjekt? Zu einer biopolitischen Bestimmung des Rassismus“.

**Dr. Andreas Kalina** debattierte anlässlich der Biennale Bavaria International in Mühldorf am Inn u.a. mit dem luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn über „Heimat Europa: gestern-heute-morgen“. An der Universität Passau bietet er im Winter-

semester 2021/22 ein Hauptseminar zum Thema „Der Brüssel-Effekt: Die EU als leiser Hegemon des 21. Jahrhunderts?“ an.

**Dr. Gero Kellermann** ist neuer Stellvertreter der Direktorin gemäß Artikel 10 Abs. 2 des Akademiegesetzes.

**Dr. Michael Mayer** hielt auf der Konferenz „Migration and Migration Policies in Europe since 1945“ am Deutschen Historischen Institut in London einen Vortrag zum Thema „Asylum in Europe“.

**Dr. Giulia Mennillo** wurde als Referentin in der online-Seminarreihe der „Jindal School of Government and Public Policy“ an der O.P. Jindal Global University (Indien) eingeladen. In Anlehnung an ihr neu erscheinendes Buch „Credit Rating Agencies“, behandelte der Vortrag die politischen Implikationen von Ratingagenturen als transnationale Akteure auf den globalen Finanzmärkten.

### Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

### Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

### Vorsitzender des Beirats:

Dr. Christian Hörmann

### Kollegium:

Simon Faets, Mag.Theol.

Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

Dr. Saskia Hieber

Internationale Politik, Schwerpunkt Asien-Pazifik

Dr. Andreas Kalina

Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

### Kinza Khan, M.A.

Medien, Journalismus und Politische Kommunikation

Dr. Michael Mayer

Zeitgeschichte

Dr. Giulia Mennillo

Wirtschafts- und Sozialpolitik und Nachhaltigkeit

Dr. Anja Opitz (*beurlaubt*)

Internationale Politik

Dr. Manfred Schwarzmeier

Organisationsreferent

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund, M.A.

Personlicher Referent der Direktorin

Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

### Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Beate Winterer, M.A.

## Akademie-Report

**Herausgeber:** Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: [a.kreitner@apb-tutzing.de](mailto:a.kreitner@apb-tutzing.de)

**Redaktion:** Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Kinza Khan, M.A. (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistenz)

**Layout-Konzept:** Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk [www.tausendblauwerk.de](http://www.tausendblauwerk.de)

**Druck:** Satz & Druck Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.

## „Künstliche Intelligenz“ verändert unser Leben

Die Folgen der digitalen Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft sind enorm. Wie betriebliche Mitbestimmung und die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen mit der „Industrie 4.0“ zu vereinbaren sind, war Anlass einer Tagung in Zusammenarbeit mit der IG Metall und dem KAB Bildungswerk, die sich speziell mit den Auswirkungen des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz (KI) beschäftigt hat.

Thorben Albrecht, Funktionsbereichsleiter Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik beim Vorstand der IG Metall, lenkte den Fokus auf den Einsatz von KI im Personalwesen. Wenn Algorithmen die Entscheidungsbasis für Personaler bei Einstellung, Bonusvergaben und gar Kündigungen liefern, bietet das große Chancen, es birgt aber auch Gefahren. Algorithmen sind lernfähig, erlauben das Navigieren durch große Datenmengen, die den Menschen kognitiv überfordern würden. Allerdings können sie auch prozyklisch sein und Vorurteile verstärken („status quo bias“). Erschwerend kommt hinzu, dass die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse oft limitiert ist. Selbst ein Arbeitgeber weiß oft nicht bis in das letzte Detail, wie der Algorithmus funktioniert. An dieser Stelle ist es entscheidend, dass Gewerkschaften frühzeitig, d.h. bevor die Technologie zum Einsatz kommt, im Prozess mit IT-Beratungen und Entwicklern eingebunden werden. Dabei könnte eine Form von Zertifizierung von KI-Lösungen sicherstellen, dass bestimmte Kriterien des Arbeitnehmerschutzes erfüllt sind.

KI ersetzt Arbeit, schafft aber auch neue

Es ist ein allgemeines Missverständnis anzunehmen, dass KI in Zukunft nur Routinearbeit übernehmen wird. KI stellt eine Schlüsseltechnologie dar, um mit großen Datenmengen umzugehen. Dystopien bezüglich KI und ein Fokus auf Automatisierung greifen zu kurz. Ebenso sind Wissensarbeit und Management-Tätigkeiten betroffen. Daher ist es laut Tobias Kämpf vom Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) München entscheidend die Berufsbilder im Hinblick auf den Einsatz von KI neu zu denken. Durch KI entstehen einerseits neue Produkte



Von links: Thomas Ressel, IG Metall; Dr. Giulia Mennillo, APB; Thorben Albrecht, IG Metall. Das Arbeitspapier „Künstliche Intelligenz und die Zukunft der digitalen Arbeitsgesellschaft“ (Albrecht und Kellermann, 2020) beinhaltet vier Einsatzmodelle der KI auf betrieblicher Ebene, um eine Technikfolgenabschätzung vornehmen zu können.

© Maier (APB)

und Lösungen für den Konsumenten, andererseits auch neue Aufgaben in Institutionen und Unternehmen. Das Paradoxon: Die Anwendung von KI führt zu einem schlechenden Arbeitsplatzabbau und einer gleichzeitigen Aufwertung von Arbeit. Arbeits- und Organisationsstrukturen ändern sich und es entstehen neue Tätigkeiten, die mit einer höheren Produktivität (und eventuell auch Entlohnung) einhergehen. Diese Ambivalenz stellt sowohl eine Chance als auch ein Risiko für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dar, nicht nur für Geringqualifizierte. Hier ist es Aufgabe der Politik und der Sozialpartner eine vorausschauende Weiterbildung zu organisieren, gerade wenn in bestimmten Berufsgruppen der Jobverlust durch den technologischen Fortschritt droht (Stichwort autonomes Fahren).

Nur wenn man wertschätzt,  
was Menschen können, sind sie  
offen für Veränderung

Weiterbildung und -qualifizierung ist in der Theorie oft einfacher als in der Praxis, wenn man bedenkt, dass die Identifizierung mit dem Betrieb oder einem Beruf eine sehr wichtige Rolle in unserer Gesellschaft spielt. Die Arbeitswelt 4.0 fordert traditionelle Bindungen heraus mit neuen Verständnissen von Berufslaufbahnen und Karrieren. Eine gewisse Neugierde, sich beruflich und persönlich weiterzuentwickeln, kann nur geweckt werden, wenn soziale Absicherung gewährleistet ist. Daher ist die politische und sozio-ökonomische Flankierung des Transformationsprozesse zentral, um die Ungewissheiten, die auf Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zukommen werden, abzufedern.

Laut Holger Bonin vom IZA Institute of Labor Economics in Bonn ist der Begriff Künstliche „Intelligenz“ irreführend, da es sich eher um maschinelles Lernen und das Erkennen von statistischen Zusammenhängen von Input und Output handle. Die Technik kann anhand großer Datenmengen Muster erkennen, automatisiert entscheiden und Prozesse optimieren. Dabei ersetzt die Maschine Routineaufgaben, aber nicht nur: Aufgaben werden durch KI übernommen, die ebenso kognitive Fähigkeiten erfordern. Das sei das wirklich Neuartige an der KI-Technologie.

Welche menschlichen Fähigkeiten werden also in Zukunft extrem wichtig sein? Was zeichnet den Menschen gegenüber der Maschine aus, wenn es schon nicht mehr die kognitiven Fähigkeiten sind? Bonin sieht eine Unersetzbarkeit in den Eigenschaften wie intuitiver Urteilskraft, die auf Erfahrungswissen beruht, soziale Intelligenz, Kreativität, Umgang mit Unsicherheit sowie Problemlösungskompetenz. Die Förderung dieser Fähigkeiten gelte es im Bildungssystem zu stärken. Berufe im Dienstleistungssektor, in der Pflege und Handwerk werden aller Voraussicht nach von dieser Entwicklung profitieren. Darüber hinaus wird KI nicht bestimmte Berufe komplett obsolet machen, sondern vielmehr bestimmte Tätigkeiten eines Berufs ersetzen. Wenn man Tätigkeiten und nicht Berufe in die Kalkulation miteinbezieht, ist es nicht möglich die Wahrscheinlichkeiten zu benennen, mit denen ein bestimmter Beruf in Zukunft automatisiert bzw. verschwinden wird. Zudem ändern sich mit der Zeit sowohl Tätigkeiten als auch Berufe, was das Vorhersagen umso schwieriger macht.

Es ist ein Irrglaube anzunehmen, dass der Produktivitätsgewinn durch den Einsatz von KI automatisch zu höheren Löhnen führen wird. Wie Produktivitätsgewinne am Ende umverteilt werden, ist schließlich auch eine gesellschaftspolitische Frage. Der Strukturwandel zu einer datenbasierten Ökonomie birgt als größte Gefahr die Monopolisierungstendenz, so Bonin, die bereits jetzt angesichts der Internetgiganten sichtbar ist.

## Technologische Souveränität als Zukunftsthema

Ina Schieferdecker, Abteilungsleiterin vom BMBF betonte, wie wichtig technologische Souveränität in Zeiten des digitalen Wandels ist. Technologische Souveränität ist definiert als „Anspruch und Fähigkeit zur kooperativen Gestaltung von Schlüsseltechnologien“ und nicht als eine Form von Autarkie oder Abschottung: „Kooperation auf Augenhöhe“. Aufgrund des verschärften internationalen Technologiewettbewerbs und dem Wunsch, dominierenden Ansätzen aus China und den USA etwas entgegenzusetzen, ist technolo-

gische Souveränität in der EU unausweichlich, um die „hohen Standards der Sicherheit und des Datenschutzes zu wahren“ (Zitat Bildungsministerin Karliczek).

## Begriffsunterscheidung: „schwache“ vs. „starke“ KI

**Starke KI:** KI-Systeme haben die gleichen intellektuellen Fähigkeiten wie der Mensch oder können ihn darin sogar übertreffen.

**Schwache KI:** Fokus liegt auf der Lösung konkreter Anwendungsprobleme auf Basis von Methoden aus der Mathematik oder Informatik. Entwickelte Systeme sind zur Selbstoptimierung fähig und können menschliche Fertigkeiten in Teilmittbereichen auch übertreffen.

Quelle: Schieferdecker, BMBF

Um Technologische Souveränität zu erreichen, setzt das BMBF die KI-Strategie der Bundesregierung in unterschiedlichen Bereichen um. Dazu gehören der Ausbau von KI-Ökosystemen, verstärkte Ausbildung von KI-Fachkräften, die Bereitstellung von modernster KI- und Rechnerinfrastrukturen, sowie KI-Anwendungen in Unternehmen zu fördern, insbesondere im Mittelstand, als auch die Gründerdynamik anzukurbeln. Ebenso steht die Stärkung der Rahmenbedingungen für innovative und menschenzentrierte KI-Anwendungen auf der „to do“-Liste des Ministeriums. Ausgewählte zentrale Fördermaßnahmen sind bspw. der Aufbau von KI-Anwendungshubs, die Einrichtung von KI-Professuren und KI-Bildungsinitiativen.



Ina Schieferdecker stellt die KI-Strategie der Bundesregierung vor.

Das Fördern einer Innovationskultur ist maßgeblich, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein, die mit dem digitalen Wandel einhergehen. Schließlich sind auch gesellschaftliche Herausforderungen, wie z.B. der Klimawandel, nur mit technologiebasierten Lösungen zu meistern (abgesehen von den notwendigen Änderungen unserer Lebensweise und Gewohnheiten). Der Erhalt von Wettbewerbsfähigkeit und nicht zuletzt die Transition zu einer nachhaltigen Wirtschaft erfordern, dass die Nutzung von KI-Technologien human- und gemeinwohlorientiert geschieht, um einen langfristigen Erfolg zu sichern.

Giulia Mennillo



Automobilfirmen experimentieren schon seit längerer Zeit mit Carsharing-Modellen.  
© iStock/C.I.I.O

## Ökonomie vs. Ökologie Das Überwinden einer überholten Dichotomie

Umwelt- und Klimaschutz sind angesichts der ökologischen Herausforderungen, die mit unserer Wirtschafts- und Lebensweise verbunden sind, eine Mammutaufgabe. Es braucht sowohl die Expertise von Wissenschaft als auch die Innovationsfähigkeit und Tatkraft der Unternehmen und nicht zuletzt den politischen Willen, um die Transformation in eine nachhaltige und dekarbonisierte Wirtschaft erfolgreich zu vollziehen.

Die Abendveranstaltung „Klima- und Umweltpolitik: Internationale, nationale und regionale Herausforderungen“ der Akademie für Politische Bildung und der gwt Starnberg GmbH bewies, dass die Unternehmen der Region die Dringlichkeit des Problems „Klimakrise“ erkannt haben und dass es keine Zeit zum weiteren Aufschieben gibt. Die große Überraschung am Abend: Das Vereinbaren von Ökologie und Ökonomie wurde erst gar nicht in Frage gestellt, wie es oft im

öffentlicht-medialen Diskurs suggeriert wird. Ganz im Gegenteil. Ohne Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage, keine Wirtschaft. Erstes bedingt Zweiternes. Sowohl auf dem Podium als auch im Publikum standen nicht die Kosten der Transition im Vordergrund, sondern die Sprache war von „Investitionen in die Zukunft“. Die Frage war nicht, wieviel kostet uns der Klimaschutz, sondern was kostet kein Klimaschutz angesichts des drohenden ökologischen Kollaps. Es macht Mut und Hoffnung, dass sich die Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sind, den Wandel nicht nur zu begleiten, sondern aktiv mitanzutreiben.

### „Das Missverständnis unserer Zeit“

Martin Stuchtey, Gründer von SYSTEMIQ und Professor für Ressourcenstrategie und Ressourcenmanagement an der Universität Innsbruck, bezeichnet die Annahme, dass Ökologie und Ökonomie ein Widerspruch wären als „das Missverständnis unserer Zeit.“ Politik und Medien verstärken dieses Framing durch Begriffe wie „Öko-Diktatur“ oder „Klima-Lobby“. Ziel des Unternehmens SYSTEMIQ ist es den Wandel zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem zu beschleunigen. Als Voraussetzung für einen gesellschaftlichen Wandel sieht Stuchtey die Schaffung einer neuen gedanklichen Architektur. Er stellte den „System Change Compass“ seines Unternehmens vor, ein Naviga-

tionsinstrument aus insgesamt zehn Faktoren. Diese befassen sich unter anderem mit der Neudeinition von Wohlstand, Ressourcennutzung, Fortschritt, Wettbewerbsfähigkeit, Konsum und Finanzierung.

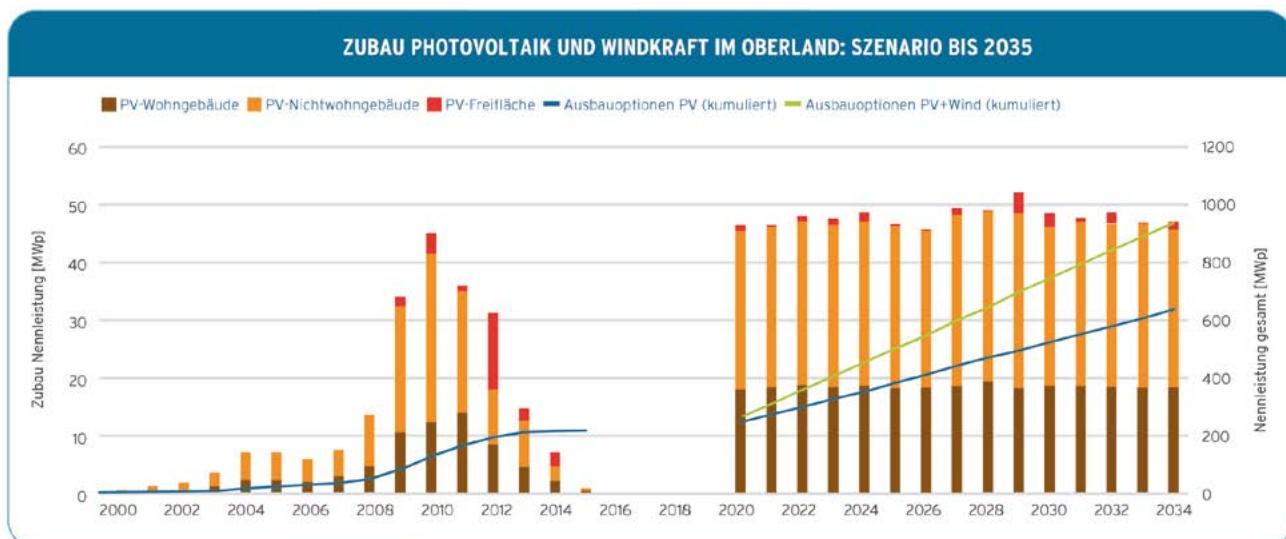
### „Everything as a service“

Die zentralen Rollen nehmen dabei die „Dematerialisierung“ und die Hinwendung zu einem zirkulären Ressourcensystem („circular economy“) ein. Das Prinzip „weniger Besitz, mehr Nutzung“ wird am Beispiel des Autos deutlich: Eigentlich brauchen Menschen kein Auto, sondern Mobilität. Das Geschäftsmodell des Carsharings verringert die Anzahl der Autos und erhöht gleichzeitig die Personenkilometeranzahl pro Auto. Das Resultat: Es müssen weniger Autos produziert, gewartet und geparkt werden. Gleichzeitig werden die vorhandenen Fahrzeuge intensiver genutzt. Durch Dematerialisierung entsteht ein neudefinierter Wohlstand, der nicht an Ressourcen gebunden ist. Das Wirtschaftswachstum kann sich von den CO<sub>2</sub>-Emissionen entkoppeln. Martin Stuchtey registriert bereits sehr viele In-

Tiergesundheit und eine möglichst sparsame Molkeproduktion. Die Tutzinger Bürgermeisterin Marlene Greinwald wirft in der anschließenden Diskussionsrunde die Forderung in den Raum, Landwirte nicht nur pro Liter Milch, sondern ebenso nach der Gesundheit des Bodens zu entlohen. Dieser Vorschlag erntete großen Beifall.

### Die Energiewende vor der Tür

Der regionale Bezug spielt bei den Kooperationsveranstaltungen von Akademie und der gwt Starnberg immer eine wichtige Rolle. Auch der Klimawandel lässt sich nur dann bekämpfen, wenn auch im Kleinen und dezentral an Lösungsstrategien gearbeitet wird. Markus Zimmer, ausgewiesener Experte im Bereich Ressourcenökonomik und früherer Mitarbeiter beim ifo-Institut, jetzt bei der Allianz, stellte ein „Regionales Handlungskonzept für das Oberland“ vom Forschungsprojekt „INOLA“ vor. Er zeigte Lösungswege auf, wie das Oberland das Ziel der vollständigen Versorgung durch erneuerbare Energien bis 2035 erreichen, bzw. diesem Ziel möglichst nahe kommen kann.



Die linke Grafik zeigt den jetzigen Stand der PV-Anlagen (Dach- und Freiflächenanlagen). Die rechte Grafik zeigt den notwendigen Zubau bis 2035: Ausbauoption mit Fokus auf PV-Anlagen (blaue Linie) und Ausbauoption mit PV und Windkraft (grüne Linie). Letzteres Szenario birgt ein höheres Potential Klimaziele zu erreichen.

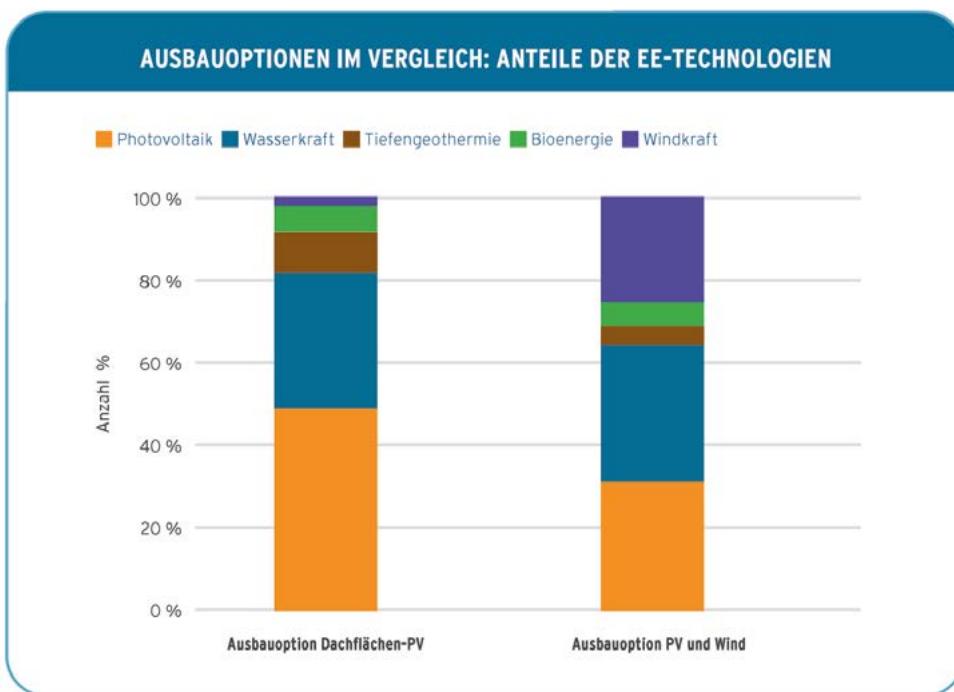
© von Streit, A. et al. (2020), INOLA

novationen und neue Geschäftsideen. Nachholbedarf sieht er jedoch vor allem in der Ernährung, die im Hinblick auf die wachsende Weltbevölkerung zwangsläufig mit weniger tierischen Produkten auskommen muss.

### „Die Wahrheit der Absicht ist die Tat“

Zwar nicht pflanzenbasiert, aber innovativ, agiert die Anrechser Molkerei Scheitz. Die Geschäftsphilosophie baut auf dem Konzept der Klimabauern auf. Der Fokus liegt nicht mehr nur auf dem Endprodukt, sondern auf der gesamten Produktionskette, wie Geschäftsführerin Barbara Scheitz erklärte: gentechnikfreie Landwirtschaft, CO<sub>2</sub>-Bindung im Boden, Humus-Aufbau, Artenvielfalt,

Unter anderem könnten 185 Windräder dazu beitragen, den Strombedarf zu decken. Die Zahl erscheint hoch, entspricht aber einer Windkraftanlagendichte, die in anderen Bundesländern bereits zu finden ist. Einen ähnlichen Effekt hätten mehr Solar- und Photovoltaikanlagen (PV). Hier sollte eine Dachflächennutzung von ca. 54 Prozent angestrebt werden. Wenn sowohl PV und Wind massiv ausgebaut werden würden, dann würde auch schon eine PV-Anlage auf jedem dritten Haus reichen um den Strombedarf zu decken. Allerdings erlauben beide Ausbauoptionen – Dachflächen-PV oder PV und Wind – keine Untätigkeit, wenn man bedenkt, dass bislang nur jedes 20ste Haus (knapp 5 %) eine PV-Dachflächenanlage besitzt.



Die Grafik vergleicht den jeweiligen Energiemix an Erneuerbaren Energien je nach Ausbauoption.

© von Streit, A. et al. (2020), INOLA

Neben dem Ausbau Erneuerbarer Energien sind Energieeinsparungen und Steigerungen der Energieeffizienz unerlässlich, um die Klimaziele zu erreichen. Daher ist die Sanierung von Gebäuden ein zentraler Faktor. Ebenso erschwert der Fachkräftemangel die Umsetzung der Energiewende. Notwendig ist eine Nachwuchsförderung für die Energiewendeberufe. Zimmers Fazit ist, dass bislang noch keine der Gemeinden im Oberland ihre Möglichkeiten zum Ausbau Erneuerbarer Energien voll ausnutzt. Wirtschaftliche Chancen, welche die Energiewende bietet, werden noch nicht ausgeschöpft – sehr gute Voraussetzungen, um den Gründerinnen- und Unternehmerinnengeist zu wecken, anstatt wie gelähmt auf vermeintliche Standortnachteile zu schielen, die aus der Bewältigung der Klimakrise resultieren sollen.

### Selbstgefälliger Paternalismus fördert Untätigkeit

Da sich die Auswirkungen des Klimawandels bisher oft nur schwer mit der eigenen Lebensrealität in Verbindung bringen lassen, stellt Akademiedirektorin Ursula Münch bei vielen Menschen einen Ermüdungseffekt fest. Paternalistische Aussagen wie „Ach wie schön, dass sich die Jugend für die Umwelt einsetzt“ signalisieren ebenso, dass in Teilen die ältere Generation den Ernst der Lage noch nicht wirklich erkannt hat (oder erkennen will). Laut Münch sind die zwei Welten, die es zu vereinen gilt, die Klima- und Umweltforschung auf der einen und die Politik auf der anderen Seite. Beide Systeme folgen einer jeweils

unterschiedlichen Logik, was die Zusammenarbeit vor enorme Herausforderungen stellt. Die Politik muss eine Vielzahl an Interessen bündeln, Kompromisse zwischen konkurrierenden Lösungsansätzen finden und diese in Entscheidungen überführen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Politik sich nicht unbeliebt machen möchte und durch das Einfordern von unbequemen Veränderungen einen Jobverlust riskiert. Das führt zu weiteren Kompromissen, während Klimaktivistinnen und Klimaktivisten in einer „Apokalypsen-Rhetorik“ vor der bevorstehenden Klimakatastrophe warnen.

Letzteres sei eher kontraproduktiv als zielführend, da sich ein Gefühl der Lähmung breit mache, so Münch. Zudem bremst die postpandemische Aufbruchsstimmung, die eine Reise- und Konsumeuphorie weckt, die notwendigen Verhaltensänderungen in Richtung Ressourcenschonung.

### Das Problem des kollektiven Handelns

Im öffentlichen Diskurs um Ressourcenschonung erkennt Ursula Münch das Problem des kollektiven Handelns nach Mancur Olson. Der Einzelne betrachtet seinen Kooperationsbeitrag als so unbedeutend, dass er sein Handeln aus Bequemlichkeit nicht ändert. Vor allem, wenn es bereits eine Gruppe gibt, die sich explizit für dieses Sonderinteresse einsetzt, wird das Feld nicht nur vorschnell, sondern auch guten Gewissens diesen Menschen überlassen. Die Bekämpfung des Klimawandels erscheint wie eine überdimensionale Aufgabe für die gesamte Weltbevölkerung. Um Treibhausgase zu reduzieren, wäre es sinnvoll, mit dem Fahrrad zur Arbeit zu fahren. Für viele Menschen stellt sich jedoch die Frage, welchen Einfluss ihr eigener Arbeitsweg auf die Bewältigung solch einer Mammutaufgabe wirklich hat. Sie sehen, dass andere Menschen bereits mit dem Fahrrad fahren und haben das Gefühl, dass es schon ausreiche, wenn es die anderen täten. Man wird zum Trittbrettfahrer: wird der Klimawandel tatsächlich gestoppt, profitieren alle davon, auch diejenigen die sich ihren Beitrag „gespart haben.“ Wenn allerdings alle aus diesem Kalkül heraus handeln, dann bleibt die Mammutaufgabe ungelöst, mit unabsehbaren Folgen für die Menschheit.

## Gesellschaftlicher Wandel aus der Mitte und Offenheit gegenüber Innovationen

Sowohl auf dem Podium als auch im Publikum herrscht Konsens über die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Veränderung, um den Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu gestalten. Es braucht eine Offenheit gegenüber Innovationen, die vor allem durch die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in frühe Stadien der Planung erreicht werden kann. Monika Kratzer, Leiterin der Abteilung Klimaschutz, technischer Umweltschutz und Kreislaufwirtschaft im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, sieht Deutschland auf einem guten Weg. Während es von außen scheint, als ob sich lediglich ein paar junge Menschen für die Thematik einsetzen, sei es in

Wirklichkeit der Großteil der Gesellschaft. Die verzerrte Wahrnehmung entsteht durch die ungleiche mediale Präsenz. Vor allem im Netz sind die kritischen Stimmen um einiges lauter als die Mehrheit. Dabei sind die Auswirkungen des Klimawandels bereits in unserem Alltag angekommen, was an Extremwetterereignissen wie Hochwasser, Flutkatastrophen und Hagelstürmen, deutlich wird. Es kommt darauf an, laut und mutig zu sein, die Herausforderungen als Chancen zu begreifen und den Weg gemeinsam mit allen Kräften der Wissenschaft, Wirtschaft, dem Aktivismus und allen Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam zu bestreiten. Dass dies die Erschließung neuer Geschäftsmodelle miteinschließt, ist den Starnberger Unternehmen spätestens seit unserer Veranstaltung mit der gwt bewusst. 

Giulia Mennillo  
Paula Ammer



Eines der Kunstwerke der Biennale Venedig 2017 war die monumentale Skulptur des Bildhauers Lorenzo Quinn. Er nennt sein Werk "Support" (Unterstützung), das zwei sehr große Hände umfasst, die sich aus einem Kanal erheben, um ein Gebäude zu stützen. Venedig ist bekannt für seine Kanäle, Gondeln und jahrhundertealte Brücken, umgeben von viel Wasser. Daher ist die Stadt auch der permanenten Bedrohung durch den Anstieg des Wasserspiegels aufgrund der globalen Erwärmung konfrontiert. Eine Ressource also, die die Macht hat zu zerstören oder zu stützen – je nach Umgang.

© iStock/CrackerClips

## Fast Food und Bürgerrechtsbewegung

Was hat die Fast-Food-Industrie mit den Rechten von afroamerikanischen Menschen in den USA zu tun? Eine Antwort gab die Tagung „Human Dignity and Human Rights. The Legacy of the Black Civil Rights Movement in the Transatlantic World“, die an der Akademie in Zusammenarbeit mit den Universitäten Augsburg und Erfurt sowie mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Bavarian American Academy durchgeführt wurde.

1968 eröffnete Herman Petty in Chicago die erste McDonald's Filiale in den USA, die von einem Schwarzen geführt wurde. Die aktuelle Pulitzer-Preisträgerin Marcia Chatelain von der Georgetown University in Washington hat sich mit Petty und vergleichbaren Fällen eingehend beschäftigt, um so die Frage der wirtschaftlichen Ungleichheit in den USA zu untersuchen. In Tutzing erläuterte sie, wie schwarze Unternehmerin-



Die Pulitzer-Preisträgerin Marcia Chatelain war der Tagung per Zoom zugeschaltet. Auf dem Foto ist sie auf einer Veranstaltung in Washington DC. zum Thema "The Undemocratic American State? Race and the Lessons of History" zu sehen.

© Wikimedia Commons / New America, Marcia Chatelain, The Undemocratic American State? Race and the Lessons of History, CC BY 2.0

nen und Unternehmer seit den 1960er Jahren das Franchise System etwa von McDonald's nutzen konnten, um mit Unterstützung der Fast-Food-Kette einen eigenen Burger-Verkauf zu eröffnen. Auf diese Weise expandierten Unternehmen wie McDonald's vor allem in

afroamerikanisch geprägten Stadtvierteln. Dies schuf neue Einkommensmöglichkeiten für die Menschen vor Ort. Das Unternehmen McDonald's erhielt zudem staatliche Subventionen für seine Politik zur Schaffung gleicher wirtschaftlicher Möglichkeiten für Schwarze.

Gleichwohl, so schränkte Chatelain ein, wurden die lokalen Fast-Food-Filialen nicht zu einem Vehikel, um Afroamerikanerinnen und Afroamerikanern wirtschaftlichen Einfluss zu verschaffen. Denn der Großteil der Gewinne floss letztendlich an die weißen Eigentümer der Unternehmen. Schwarze erhielten als Franchise-Nehmer nur einen kleinen Anteil davon. Damit wurden die afroamerikanischen Filialleitungen nicht zu einem Vehikel, um wirtschaftliche Macht auf die schwarzen Menschen vor Ort zu übertragen. Die Ungleichheit, die aufgrund des systemischen Rassismus in den USA bestehe, so Chatelain, sei damit nicht behoben worden, sondern bestehe bis heute fort. Selbst die ersten zaghaften Ansätze einzelner amerikanischer Kommunen, Reparationen für das Unrecht des Rassismus in der Vergangenheit zu zahlen, hätten kaum Folgen. Denn in der Regel bestimme der Staat, d.h. die weiße Mehrheitsbevölkerung, in welcher Weise die Reparationen verwendet würden, z.B. indem Bildungseinrichtungen oder Stiftungen finanziert würden. Den schwarzen Menschen würde somit nicht zugeschlagen, über die Gelder autonom verfügen zu können.

### Mit Mauern und Zäunen abgegrenzt

Ein grundlegender Faktor für die Vorherrschaft der Weißen in den USA bestehe im Immobilienbesitz, ergänzte Beverly E. Mitchell vom Wesley Theological Seminary in Washington D.C. Afroamerikanische Menschen seien gezielt davon abgehalten worden, Häuser oder Wohnungen zu erwerben, da sie zum Beispiel nicht Teil der umfangreichen Förderprogramme der US-Regierungen seit dem New Deal in den USA geworden seien. Zudem seien schwarze Stadtviertel gezielt mit Mauern oder Zäunen abgegrenzt worden, auch habe man Autobahnen oder Schienenwege durch die Viertel gebaut, was diese nicht nur segregierte, sondern auch den Wert der Immobilien vernichtete. Gesetze aus der Zeit der Bürgerrechtsbewegung, so etwa der Fair Housing Act von 1968, hätten hieran wenig verändert. Zwar könnten Schwarze in den USA theoretisch ungehindert Immobilien erwerben, doch erhielten sie etwa von Banken in der Regel keine Kredite zum Kauf. Damit bestehe der Wohlstandsunterschied zwischen schwarzer und weißer Bevölkerung weiter fort, was sich etwa darin äußere, dass afroamerikanische Menschen wenig finanzielle Mittel hätten, um ihren Kindern eine gute universitäre Bildung zu ermöglichen. Dadurch, so Mit-

chell, würden die Bildungsunterschiede sowie die begrenzten beruflichen Möglichkeiten, die die Wohlstandsdisparitäten zementieren würden, auch in die Folgegenerationen getragen.

Gegen derartige Entwicklungen kämpften schwarze Aktivistinnen und Aktivisten wie etwa Marian Edelman, die 1973 den Children's Defense Fund gründete. Edelman hatte, so Britta Waldschmidt-Nelson von der Universität Augsburg, auf einer Reise durch Europa in den 1950er Jahren erfahren, dass es auch Gesellschaften gibt, die keine Rassentrennung kannten. Der Children's Defense Fund setzt sich deshalb bis heute dafür ein, dass afroamerikanische Kinder eine angemessene Schulbildung erhalten. Edelman konzentrierte sich dabei gezielt auf Kinder, da es leichter war, Gelder für deren Unterstützung einzuwerben. Hingegen hatte Edelman in den 1960er Jahren erfahren müssen, dass die weiße Bevölkerung nur wenig Interesse an einer Bekämpfung der Armut unter afroamerikanischen Erwachsenen hatte. Die Kinder waren somit ein Vehikel für den sozialen Wandel.

## Die Frage des Rassismus wird umgangen

Die preisgekrönte Pariser Aktivistin Rokhaya Diallo wendete den Blick erneut nach Europa. Sie untersuchte die Frage, wie Menschen in einem Land schwarz sein könnten, in dem es offiziell keine unterschiedlichen „Rassen“ gebe. Aktuell werde etwa in Frankreich – ähnlich wie in Deutschland – darüber debattiert, das Wort „Race“ aus der französischen Verfassung zu streichen. Diallo machte dabei in Frankreich als schwarze Aktivistin die Erfahrung, dass sie als Rassistin bezeichnet werde, weil sie das Thema „Rasse“ auf die Tagesordnung bringe. Gleichwohl sehe sich Frankreich, so Diallo, weiterhin als „weißes“ Land. Auch litten die Schwarzen unter der Gewalt von Seiten der französischen Polizei, so wie man dies auch aus den USA kenne. In der Medienberichterstattung würde dabei die Polizeigewalt in den USA mit einem systemischen Rassismus erklärt. Bei ähnlichen Gewalttaten in Frankreich würde hingegen die Hautfarbe der Betroffenen nicht thematisiert und somit die Frage des Rassismus umgangen.

Eddie Bruce-Jones von der University of London knüpfte hieran an und erläuterte, dass in Frankreich bestimmte Straftaten den nichtweißen Bevölkerungsschichten zugeordnet würden. In ähnlicher Weise gebe es auch in Deutschland Stellvertreterkategorien, um die Hautfarbe der Betroffenen nicht thematisieren zu müssen. Hier spreche man von Migrationshintergrund, dem Geburtsort der Eltern oder der im Elternhaus gesprochenen Sprache. Auf diese Weise könnten die Betroffenen zwar kategorisiert wer-

den, doch gelinge es, auf eine ethnische Zuordnung zu verzichten. Gleichwohl würden Strafverfolgungsbehörden etwa in der Bundesrepublik, in Frankreich oder in Großbritannien auf ein Defizitmodell rekurren-



Rokhaya Diallo im Gespräch mit Podiumsgästen und Tagungsteilnehmenden (v. links: Hochgeschwender, Diallo, Bruce-Jones)

© Behrendt (APB)

ren: Schwarze Menschen seien straffälliger aufgrund ihres Verhaltens, nicht aber, weil sie Diskriminierungen ausgesetzt seien.

## Deutlicher Assimilationsdruck

Die Aktivistin Marion Kraft vom Verein Afrodeutscher Frauen in Berlin unterstrich diese Beobachtungen. Schwarze Kinder, die in Deutschland seit der Zeit der Weimarer Republik, mehr noch aber nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geboren worden waren, fühlten sich nicht in die weiße Mehrheitsgesellschaft integriert. Sie seien vielfach isoliert und erlebten täglichen Rassismus. Diese Menschen bezeichnen sich selbst, so Kraft, als Afrodeutsche oder als Blacks. In Frankreich wiederum, ergänzte Diallo, würden sich nicht-weiße Menschen entweder als Franzosen titulieren oder aber auf eine andere Nation rekurrieren, z.B. Senegal, Sudan oder Tschad. Dies hänge auch damit zusammen, so Birgit Hofmann von der Universität Heidelberg, dass in Frankreich lange Zeit ein deutlicher Assimilationsdruck vorgeherrscht habe. Die Menschen waren faktisch gezwungen, ihre ursprüngliche Identität aufzugeben, um zu Franzosen zu werden.

In Großbritannien wiederum konnten die Menschen in der Theorie ihre Identität behalten, wurden aber Teil eines größeren Ganzen. Sie bezeichneten sich in der Folge etwa als Black British. In der Bundesrepublik wiederum sei lange das Modell der Segregation verfochten worden. Weder habe es einen Assimilationsdruck gegeben, noch seien Nichtweiße Teil der „deutschen“ Gesellschaft geworden. Schwarze und weiße Einwanderungsgruppen hätten parallel zur Gruppe der „Deutschen“ gelebt.

Michael Mayer

# Wohin mit Film und Kultur?

## Berger und Herbig beim Filmgespräch am See

Zwei Größen des deutschen Films an der Akademie: Senta Berger und Michael Herbig haben beim 8. Filmgespräch am See postpandemische Perspektiven auf Film und Kultur diskutiert.

„Natürlich glaube ich daran, dass das Kino überleben wird“, stellte Schauspielerin Senta Berger gleich zu Beginn des Gesprächs klar. Sie sei eine „Berufsoptimistin“. Ganz ähnlich beschrieb es Michael Herbig: Er kenne keinen Filmemacher und keine Filmemacherin, die ihre Filme nicht auf der großen Leinwand sehen wollen. „Es ist immer der große Traum“, sagte der Komiker und Produzent. Zusammen mit Senta Berger stand er schon für den Film „Zettl“ von Helmut Dietl vor der Kamera. Beim Filmgespräch am See tauschten sich die beiden unter der Moderation von BR-Journalistin Sylvia Griss über die Bedeutung des Kinofilms und dessen prekäre Situation aus, die nicht nur durch die pandemischen Turbulenzen der letzten anderthalb Jahren entstanden ist. Die Veranstaltung fand im Rahmen des Fünf Seen Filmfestivals statt.

### Großes Echo in den Medien

Mit Senta Berger und Michael Herbig kamen zwei der bekanntesten Gäste des diesjährigen Fünf Seen Filmfestivals an die Akademie. Szenen, die man sonst eher von roten Teppichen kennt: Zeitweise umringte die beiden mehr als ein Dutzend Fotografen und Journalistinnen. Das spiegelte sich in den Medienbeiträgen wider. Kein Bericht kam umhin, den Rosengarten der Akademie und das dortige Blitzlichtgewitter zu erwähnen. Doch im Vordergrund stand das Gesprächs der beiden Filmschaffenden vor rund 100 Zuschauern und Zuschauern.

### Mehr finanzielle Unterstützung für Filmemacher und Kinos nötig

Die Augsburger Allgemeine resümiert in ihrem Bericht: „Berger und Herbig glauben an die Zukunft des Kinos“, betont aber gleichzeitig die Sorgen der Schauspielerin. Das Kino müsse wiederbelebt und wie in anderen Ländern stärker finanziell unterstützt werden, außerdem müssten junge Filmemacher mehr Fördermittel bekommen. Berger, die nicht nur für Erfolgsproduktionen vor der Kamera stand, sondern selbst

mit ihrem Ehemann 27 Jahre lang ein Kino in Berlin betrieb, berichtete von geringen Fördersummen für Absolventinnen von deutschen Filmhochschulen und Kinobetreiber sowie davon, dass häufig US-amerikanische Produktionen kleinere deutsche Filme aus den Spielplänen der Kinos verdrängen. Theater und Oper würden um ein Vielfaches mehr gefördert, das sei in der Pandemie fatal gewesen. Auch die Medien vernachlässigten das Kino, bilanziert die Augsburger Allgemeine. Wie Herbig berichtete, seien Streamingdienste Gefahr und Chance zugleich, da einerseits jeder wolle, dass der eigene Film im Kino läuft, die Dienste andererseits aber eine sichere Finanzierung von Filmen ermöglichen. Filme seien systemrelevant, gerade in schweren Zeiten, fasst die Augsburger Allgemeine die Ansicht der Podiumsgäste zusammen.

### Unterhaltung statt politischem Drama auf der Leinwand?

Unter dem Titel „Es lacht sich besser im Kino“ berichtet der Starnberger Merkur über das Filmgespräch: „Zuhörer bekamen interessante Einblicke in das Wirken von Senta Berger und Michael Herbig.“ Neben Herausforderungen für die Filmproduktion und -vermarktung habe den beiden Podiumsgästen in Corona-Zeiten das Kino als Erlebnis und Ort des Zusammenkommens sehr gefehlt. Davon abgesehen würden staatliche Subventionen für Produzentinnen und Kinobetreiber fehlen. Mit Blick auf postpandemische Perspektiven zitiert der Merkur Michael Herbig: „Wenn man das Publikum jetzt mit Dramen bombardiert, kriegt es zu viel. Die Leute haben die Nase voll davon und wollen für zwei Stunden dem Wahnsinn entfliehen.“

### Viele persönliche Einblicke in das Leben und die Karrieren der beiden Gäste

Dieses Zitat von Herbig greift auch die Süddeutsche Zeitung (SZ) auf. Sie schreibt unter dem Titel „Dem Wahnsinn entfliehen“ über das Filmgespräch und betont, dass das Kino nach Ansicht des Schauspielers und der Schauspielerin „in der Pandemie hinten runtergefallen“ sei. Zwar hätte in Deutschland noch weiterhin gedreht werden dürfen, trotzdem sei ein wichtiger Ort des Zusammenkommens weggefallen. „Das Lachen der Gäste wirkt inspirierend“, zitiert die SZ Senta Berger. Das Kino würde jedoch zu wenig gefördert und auch die deutschen Medien müssten Filme mehr Raum geben, besonders denen aus deut-

schen Produktionen. Zusammenfassend schreibt die SZ: „In der Podiumsdiskussion wird es konkret, zeitweise auch politisch. Vor allem aber zeigten sich die Prominenten von einer sehr persönlichen Seite. Die beiden übertrumpfen sich gegenseitig mit Anekdoten, die auch mal ‚nichts zur Diskussion beitragen‘, wie ‚Bully‘ zwischendurch witzelt.“ Und so scheinen auch in allen Berichten gerade die zahlreichen Anekdoten der beiden Prominenten besonders im Gedächtnis geblieben zu sein: Herbigs lebhafte Beschreibung von seiner Zeit allein im Home-Office, in der er sich „über Facebook die Spülmaschine erklären lassen“ musste, oder Bergers 80. Geburtstag in diesem Jahr, der sich aber nicht so anfühlte. „Mein Körper wird mir schon sagen, wenn ich 80 bin, da habe ich vielleicht noch ein bisschen Zeit“, sagte die Schauspielerin.

## Rund um das Filmgespräch

Anlässlich des Fünf Seen Filmfestivals berichtete außerdem die Sendung „Leute heute“ des ZDF über die beiden Filmschaffenden. Im Interview sprach Senta Berger über den Ehrenpreis des Deutschen Fernsehpreises, mit dem sie im Oktober für ihre künstlerische Karriere ausgezeichnet wird. Michael Herbig freute sich vor allem, wieder ein echtes Interview zu geben. Mit der Kulisse des Starnberger Sees im Hintergrund berichtete er von seiner Zeit im Lockdown, wünschte sich aber vor allem für den deutschen Film, „dass die Pandemie es zulässt, dass wir bald wieder eng in vollen Kinos sitzen und näher zusammenrücken können.“

Sophie Behrendt



Der Schauspieler und Komiker Michael Herbig, die Schauspielerin Senta Berger und Akademiedirektorin Ursula Münch vor dem Filmgespräch im Rosengarten der Akademie.

© Behrendt (APB)



„On Air“ gehört zu den meistverwendeten Anglizismen und bedeutet auf Sendung sein.

© iStock/Derick Hudson

## Was kann Radio, was andere nicht können?

In Krisenzeiten wird einmal mehr deutlich wie bedeutend es ist: Wie ein improvisiertes Radio beim Vernetzen der Menschen und dem Wiederaufbau half, war eines der großen Themen bei den 16. Tutzinger Radiotagen.

„Endlich wieder so richtig zusammen zu kommen, macht's aus“, formuliert Christina Scheuer vom Radio Bielefeld. Die Lacher und Gespräche, die durch das Auditorium der Akademie für Politische Bildung hallen, sind durch kein Laptopsmikrofon verzerrt. Sie sind genauso klar wie die Gesichtsausdrücke der Radiojournalistinnen und Radiojournalisten, die real und unverpixelt Begeisterung für die diesjährigen Vorträge und Workshops widerspiegeln. Der eine oder die andere, die doch digital zugeschaltet wird, verabschiedet sich mit dem Versprechen, auf jeden Fall nächstes Jahr live dabei zu sein. Doch die Eindrücke der vergangenen anderthalb Jahre bleiben. Sie haben die Medienlandschaft beeinflusst und anhaltende Herausforderungen geschaffen. Wie gehen Radiojournalisten damit um? Welche neuen Chancen haben Podcaster entdeckt? Damit haben sich die 16. Tutzinger Radiotage unter dem Motto „Brüche überwinden – Brücken bauen“ beschäftigt.

Ende August führten Überschwemmungen in zahlreichen Gebieten Deutschlands zu katastrophalen Zuständen. Die Bewohner und Bewohnerinnen des Ahrtals mussten machtlos zusehen, wie die Ahr über die Ufer trat, sie von der Außenwelt abschottete und mit ihrer Existenz auch Internet und Strom wegspülte. „Vom Ahrtal für das Ahrtal“ nennt Christian Milling sein lokales Radioprojekt, mit dem er gemeinsam mit seiner Frau Palina auf die Katastrophe reagierte. Das Ahrtalradio sorgte durch lokale Berichterstattung für helfende Hände, spendete mit sonntäglichen Musikwünschen Trost und rettete einen Mann sogar davor, sein Augenlicht zu verlieren. Nach dem gescheiterten Versuch, fachärztliche Hilfe über Social Media zu finden, erreichte erst der Aufruf des Ahrtalradios einen Augenarzt, der dem Unfallopfer die Splitter aus dem Auge entfernte. „Das Radio ist nicht tot“, ermutigt Christian Milling seine Zuhörerinnen und Radiokollegen. „Es ist immer noch das schnellste und gesellschaftlich weitreichendste Medium in Krisenzeiten.“

### Vertrauen schaffen

Korinna Henning interviewt im NDR-Podcast *Coronavirus Update* den Virologen Christian Drosten und die Virologin Sandra Cieseck. Der wissenschaftliche Podcast soll verlässlich über den neuesten Stand der Forschung rund um die Corona-Pandemie informie-

ren. Sie und ihre Kollegin Katharina Mahrenholtz berichten auf den Tutzinger Radiotagen von dem großen Vertrauen, das die Hörerschaft Redaktion und Experten entgegenbringt und von der Verantwortung, die dieses Vertrauen mit sich bringt. Die Beantwortung von Fragen, wie es um den Impfstoff oder die Entwicklung eines Medikaments steht, kann sich zwar anhören wie ein Plausch, soll aber fundierte Informationen transportieren. Kein Satz soll anders klingen als er gemeint ist, keine Mutmaßung darf als Fakt missverstanden und keine Schätzung wie eine Tatsache ausgelegt werden. Gerade bei einem so sensiblen Thema wie Covid-19 müssen alle Aussagen genau abgewogen werden, bevor sie in die Öffentlichkeit gelangen. Korinna Henning erzählt, dass Drostens häufig am Abend vor der Veröffentlichung einer neuen Podcast-Episode angerufen habe und auf eine Wiederholung der Aufnahme bestand, da seine im Interview getroffenen Aussagen vom Vortrag nicht mehr den neuesten Erkenntnissen entsprachen. Dazu kommen unzählige Hörerzuschriften, in denen Menschen ihre Ängste ausdrücken. „Es ist anstrengend“, gibt Korinna Henning zu. Doch die Journalistin zweifelt keine Sekunde an der gesellschaftlichen Bedeutung und Relevanz ihres Podcasts, der inzwischen Menschen in über 60 Ländern erreicht.

## Diskurs – Hören und gehört werden

„Wir schaffen da eine neue Art zu diskutieren“, sagt Timo Fratz vom Radio Bielefeld über das Radio-Experiment **#mitreden**. Die Hörerinnen und Hörer diskutieren in einem Audiochat miteinander über ein vorgegebenes gesellschaftliches Thema. Zeitweise wird diese Diskussion live ins Radio Bielefeld übertragen. Der Radiojournalist erzählt, wie eine Hörerin kritisierte, das Format animiere zwar zum Mitdiskutieren, aber die Erkenntnisse der Debatte erzielten keine Wirkung. Sofort kam Rückmeldung aus dem Audiochat: Ein Diskussionsteilnehmer gab sich als Stadtratsmitglied zu erkennen und versicherte, die Diskussion fände auch in der Lokalpolitik Gehör. „Es findet ein echter Austausch in der Community statt“, erklärt Fratz den Erfolg des Formats. Menschen aller Alters- und Gehalts-

gruppen aus dem gesamten Empfangsradius schalten sich ein und diskutieren mit. Die Diskussionsteilnehmer und Diskussionsteilnehmerinnen fahren nebenbei zur Arbeit, gehen spazieren oder putzen die Küche. Über die Website des Radiosenders ist der Einstieg ins Gespräch einfach und von überall aus möglich. Im Audiochat sinkt die Hemmschwelle, sich öffentlich zu äußern, denn die Diskussionsteilnehmer und Diskussionsteilnehmerinnen sind zwar zu hören, aber nicht zu sehen. Andererseits sind sich die Diskutierenden auch darüber bewusst, dass sie durch das Preisgeben ihrer eigenen Stimme nicht völlig anonym sind. Sie halten sich an Gesprächsregeln und die Debatte rutscht nicht in Beleidigungen und Polarisierung ab wie in Online-Diskussionsforen. Damit schafft das Radio, was Facebook & Co. nicht gelingt: einen leicht zugänglichen Raum des Austausches für alle, der zum Gelingen des Diskurses beiträgt.

*Timo Fratz vom Radio Bielefeld tauscht seine Erfahrungen aus.*

*Carla Grund genannt Feist*

## Linktipps

**Umgang mit Grenz- und Extremsituationen:**  
[bit.ly/radiotage-verantwortung](http://bit.ly/radiotage-verantwortung)



**Beitrag von Jörg Wagner und Daniel Bouhs im Medienmagazin von radio eins:** [bit.ly/radiotage-medienmagazin](http://bit.ly/radiotage-medienmagazin)



*Ein Blick in die Radiotage.  
 © Feist (APB)*

# „Die Suche, für den Menschen das Beste zu tun“

## Zum Abschied von Josef Deimer aus dem Kuratorium

Nach 49-jähriger Zugehörigkeit zieht sich der Landshuter Altoberbürgermeister Josef Deimer, nach Abwägung mit den gesundheitlichen Möglichkeiten, aus dem Kuratorium der Akademie zurück. Sein Erfahrungsschatz und seine Expertise haben die Akademiearbeit vielfältig bereichert.

Als damals jüngster Stimmkreisabgeordneter gewann der CSU-Politiker 1966 ein Landtagsmandat und wurde drei Jahre später in seiner Heimatstadt Landshut zum damals jüngsten und später dienstältesten Oberbürgermeister in der Bundesrepublik gewählt. Über die Kommunalpolitik hinaus wurde Deimer insbesondere aufgrund seiner hartnäckigen Kritik an der Atomenergie und sein frühzeitiges Eintreten für Ganztagschulen und Kinderbetreuung bekannt. Schon früh setzte sich Deimer gegen Flächenversiegelung und für eine gezielte Landesplanung ein. Zu den zahlreichen Funktionen, die Deimer bekleidete, gehörten auch seine langjährige Tätigkeit als Präsident des Bayerischen Volks hochschulverbands sowie seine Mitgliedschaft im Bayerischen Senat.

### Kommunalpolitisches Forum

Mit seiner Erfahrung von 35 Dienstjahren als Landshuter Oberbürgermeister und 30 Jahren als Vorsitzender des Bayerischen Städetags unterstrich er regelmäßig den hohen Stellenwert der Kommunalpolitik für die politische Bildung. Sein Engagement für die Akademie führte unter anderem zu der Veranstaltungsreihe „Kommunalpolitisches Forum“, in deren Rahmen



Kommunalpolitik und Ethik:  
Josef Deimer

© privat

die Akademie in Kooperation mit dem Bayerischen Städetag Veranstaltungen zu aktuellen kommunalpolitischen Themen in bayerischen Rathäusern ausrichtet.

Josef Deimer bezeichnet als Kernpunkte seiner Wissensbildung, „die Fähigkeit der Abwägung, die Suche, für den Menschen das Beste zu tun, und das soziale Interesse in die Mitte zu stellen“. Dies spiegelt sich auch in den Titeln seiner Vorträge, die er bei Akademieveranstaltungen gehalten hat.

### Akademievorträge

Dazu gehörten etwa „Verantwortung für die Gestaltung unseres Lebensraums“, „Umweltschutz als Verpflichtung“ oder „Freiheit und Sicherheit in Städten und Gemeinden“. Der Zuhörerkreis, dem neben Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern zum Beispiel auch bayerische Lehrkräfte angehörten, zeigte sich regelmäßig von der politisch-intellektuellen Unabhängigkeit Deimers beeindruckt. Auch hat er der Integrationskraft von Kunst und Kultur Formen gegeben. Beispiele dafür sind sein Eintreten für die Landshuter Hofmusiktage sowie seine lokalhistorischen und lyrischen Werke (siehe Beispiel).

Josef Deimer verkörpert ein grundlagenorientiertes und zuversichtliches Bildungsengagement, aus dem sich viel Inspiration für die politische Bildungsarbeit schöpfen lässt. Dafür ist ihm zu danken – mit besten Wünschen und in guter Hoffnung auf die Fortsetzung der Verbundenheit zur Akademie.

Gero Kellermann

Passion der alten Stadt  
„der Goldene Schnitt“

Jahre erlaubter Gewalt  
schlagen Wunden  
im Gesicht der vertrauten  
schönen alten Stadt  
die Narben verblühen  
verraten der Ästhetik Flucht  
zum „Golden Schnitt“  
des Mammons

*Josef Deimer – 2011*



## Hauspostille im Wandel: Vor 25 Jahren erster „Akademie-Report“

Mit der Nummer 1/1996 erscheinen die bisherigen „Mitteilungen der Akademie“ in neuem Gewande (DIN A4-Format), erstmalig unter dem Namen „Akademie-Report“ und ohne das vormalige Logo der Akademie.

Aus dem Editorial: „Mit der Zeit zu gehen, bedeutet nicht zugleich, in ihr aufzugehen. Akademien müssen immer auch Gegenakzente setzen, die ihrer Zeit den Spiegel vorhalten. Natürlich kommt es dabei nicht so sehr auf die äußere Form an als auf die Inhalte. Die Form ist aber manchmal wichtig, um mit Informationen und Aussagen die Zeit – oder besser – die Zeitgenossen überhaupt zu erreichen. Dafür verabschieden wir uns jetzt von unseren braven ‚Mitteilungen‘ und legen Ihnen den neuen, hoffentlich spritzigeren Akademie-Report vor.“ Unter der redaktionellen Leitung des ehemaligen Akademiemitarbeiters Michael Piazolo (1991–2006) stößt der neue Akademie-Report durchweg auf positive Resonanz. Nachdem die 1. Auflage bereits im März vergriffen war, werden ab sofort 2.500 Druckexemplare bestellt. Zugleich wird der Report künftig als Pressepost versandt. Dazu ist viermaliges Erscheinen pro Jahr notwendig sowie ein Mindestversand von 1.000 Exemplaren.

Die laufende Nummer 2/1997 des Akademie-Reports bildet zugleich eine Sondernummer aus Anlass des 40-jährigen Jubiläums der Akademie – mit Stimmen von Heinrich Oberreuter, Hans Friedrich, Hildegard Hamm-Brücher, Hanns Seidel, Felix Messerschmid, Rudolf Hanauer, Alfons Goppel, Karl Hillermeier, Manfred Hättich, Hans-Jochen Vogel, Karl Böck, Otto B. Roegele, Eric Voegelin, Hans Maier sowie Dolf Sternberger.

Mit der folgenden Sonderausgabe 3/1997 unter dem Titel „Seit 40 Jahren Kraftwerk politischer Bildung“ gibt der Politik- und Medienwissenschaftler Michael Schröder seinen Einstand als neuer leitender Redakteur des Akademie-Reports. Seit seiner Jungfernnummer hat der jüngst in den verdienten Ruhestand gewechselte „Mister Akademie-Report“ insgesamt 97 – in Worten: sieben-



Hier zu sehen: die alte Akademie-Vignette  
© Archiv (APB)

undneunzig – Ausgaben mit sage und schreibe 3.749 Seiten Umfang redaktionell betreut und unserer Hauspostille dabei wiederholt neuen Glanz und ein aktuelles Gepräge verpasst; eindrucksvoll zu besichtigen unter: [www.apb-tutzing.de/publikationen/akademie-report.php](http://www.apb-tutzing.de/publikationen/akademie-report.php).

In der Ausgabe 4/1998 erfährt der Akademie-Report ein erneutes Facelifting: Ab sofort erscheint er mit dem neuen Logo der Akademie und mit einer zweifarbigen Titelseite.

Ab Nummer 1/2000 stellt der Akademie-Report auf die neue Rechtschreibung um. Redakteur Michael Schröder vermeldet „keine überschwängliche Begeisterung für die Nullösung“, und führt dazu weiter aus: „Nun habe die Segnungen der Rechtschreibreform auch unser Blatt erreicht. Wir begrüßen sie zwar nicht überschwänglich, aber im neuen Jahrtausend stellen auch wir um auf Delikatesssenf und Wolllappen. Mit einem Quäntchen Glück kommen diese Wörter in unseren Tagungsberichten nicht so oft vor. Aber die Nullösung... Seien Sie nachsichtig, wenn sich die Macht der Gewohnheit manchmal noch gegen Rechtschreibprogramme durchsetzt und hier und da noch eine Reminiscenz an alte Zeiten durchschimmert. Dann hat uns der Korrektor die neuen Regeln nicht genug eingeblätzt...“

Im Zuge einer weiteren Professionalisierung wird für den Akademie-Report zu Beginn des Jahres 2007 durch das ABD-Team der Akademie eine ISSN-Nummer (International Standard Serial Number) beantragt. Eine ISSN-Nummer gilt als Referenzziffer und wird für Schriftreihen vergeben, um die internationale Zitierbarkeit zu gewährleisten. Ab Ausgabe 2/2007 trägt der Report die ISSN 1864-5488.

Ab Mai 2012 treibt's die Akademie dann noch wesentlich bunter: Pünktlich zum 55. Geburtstag unseres Hauses erscheint der Akademie-Report erstmalig komplett in Farbe. Auch das im Februar 2016 neu eingeführte Corporate Design wirkt sich auf die Optik des Akademie-Reports aus. Dessen Konventionen werden beginnend mit dem 2. Halbjahresprogramm 2016 und dem folgenden Akademie-Report sukzessive umgesetzt.

Wie auch immer sich das äußere Erscheinungsbild des Mediums im Laufe der vergangenen 25 Jahre gewandelt haben mag, eine Konstante besteht – neben ansprechenden Inhalten, großer Beliebtheit und Nachfrage – in der von Beginn an kostenfreien Abgabe des Akademie-Reports an interessierte Freunde und Begleiter unserer Akademie.

Steffen H. Elsner

# Ein Alpensteingarten für den Akademiepark

Das Ökoprojekt Akademiepark wächst: Seit Kurzem gibt es dort einen Alpensteingarten. Die Bienen freut's.

Die Blüten des Edelweißes kommen langsam zum Vorschein, zwischen zwei Gesteinsbrocken beginnt die Bergrose zu blühen und auch eine kleine Latschenkiefer wendet sich schon gen Himmel. Der Park der Akademie für Politische Bildung ist um eine Attraktion reicher. Gerd Weber hat dort einen Alpensteingarten und eine Bergblumenwiese angelegt, in denen bald noch mehr Pflanzen blühen sollen. „Ziel ist es, den Gästen der Akademie zu zeigen, was in den Alpen und im Alpenvorland alles wächst, wie es da aussieht“, erzählt er. Eine Infotafel, die demnächst dazukommt, erklärt die Flora genauer. Und am Empfang der Akademie soll es beispielsweise getrocknete Edelweiß als Souvenir geben.

Rund 30 Tonnen Steine und 40 Kubikmeter Humus hat Weber für den Alpensteingarten in den 32.000 Quadratmeter großen Akademiepark gebracht. Darauf wachsen nun mehr als 250 verschiedene Pflanzen. Neben Bergrosen und Latschenkiefern auch Rhododendron, Zwergdisteln, Mädchenaugen und verschiedenste Gräser. „Alles was resistent ist und unserer Natur und den Insekten gut tut“, sagt Weber.



Infotag Artenvielfalt 2019 für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Akademie

Den Nachbarn dürfte das gefallen. In unmittelbarer Nähe zum Alpensteingarten und der Bergblumenwiese leben seit 2018 mehrere Bienenvölker. Und die profitieren besonders von vielseitig bepflanzten Flächen. In guten Jahren produziert jedes Volk rund 30 Kilogramm Honig. Der Akademiepark bietet auch für zahlreiche andere Insekten, Vögel, Igel und Eichhörnchen einen Lebensraum. Schon seit 2001 achtet die Akademie darauf, die Artenvielfalt auf ihrem Gelän-



Gerd Weber im Alpengarten

© Winterer (APB)

de zu schützen. Das Parkpflegekonzept teilt die Anlage in drei Zonen, die zu unterschiedlichen Zeiten im Jahr gemäht werden. Das gibt Pflanzen genug Zeit zum Aussamen und Insekten Lebensraum. Insektizide und Pestizide, die Insekten töten oder schwächen, verwenden die Gärtner gar nicht.



Heike Kindermann am Hochbeet der Küche

Zum Ökoprojekt Akademiepark gehören seit 2014 auch zwei Hochbeete, aus denen das Küchen-Team im Sommer unter anderem Tomaten, Basilikum, Rosmarin und Schnittlauch erntet. Gemüse und Kräuter kommen frisch – und ebenfalls unbehandelt – auf die Teller der Tagungsgäste.

Beate Winterer

## Linktipp

Auf unserem YouTube-Kanal zeigt Gerd Weber den neuen Alpensteingarten im Video.  
Link: [youtu.be/NFo5qHDiaDI](https://youtu.be/NFo5qHDiaDI)



## Kinderrechte



Ursula Münch,  
Christoph Klein,  
Carolin Ruther,  
Jörg Siegmund (Hrsg.)

### Kranke Kinder haben Rechte!

Bilanz des 1. Deutschen Kindergesundheitsgipfels

Tutzinger Studien zur Politik,  
Band 19

Nomos, Baden-Baden 2021

ISBN-13: 978-3-8487-  
7791-4, 204 Seiten

# Kranke Kinder haben Rechte! Bilanz des 1. Deutschen Kindergesundheitsgipfels

Die Kindermedizin hat in den vergangenen 200 Jahren enorme Erfolge erzielt. Doch in einem Gesundheitssystem, das zunehmend auf Effizienz und Optimierung ausgerichtet ist, werden die Bedürfnisse und Rechte von Kindern oft übergangen. Dazu zählen Aspekte der Krankenhausarchitektur ebenso wie die nötigen Ressourcen, um Kindern die Zeit zu schenken, die sie brauchen. Auch die Begegnung auf Augenhöhe und die Achtung ihrer partizipativen Rechte wird oft vernachlässigt. Im politischen Diskurs und in den Medien finden die Besonderheiten der Kindermedizin ebenfalls kaum Widerhall.

Die aktuellen Herausforderungen bei der Behandlung kranker Kinder standen im Fokus des 1. Deutschen Kindergesundheitsgipfels. Vertreter aller deutschen Universitätskinderkliniken diskutierten mit StaatsrechtlerInnen, Ethikern und Experten aus Kinderrechts- und Patientenorganisationen, wie die Situation der Kindermedizin verbessert und kranken Kindern zu ihrem Recht auf eine umfassende Versorgung verholfen werden kann. Der vorliegende Band dokumentiert die auf dem Kongress diskutierten Beiträge.

## Politik

### Glückliche Niederlage

#### Warum die CSU froh sein sollte, dass Markus Söder nicht Kanzlerkandidat wurde



Ulrich Berls

### Glückliche Niederlage

Warum die CSU froh sein sollte, dass Markus Söder nicht Kanzlerkandidat wurde

Akademie-Kurzanalysen,  
1/2021

Akademie für Politische  
Bildung, Tutzing 2021

ISBN: 978-3-9821033-4-1,  
11 Seiten

Im Kampf um die Kanzlerkandidatur der Union unterlag CSU-Chef Markus Söder dem Vorsitzenden der CDU Armin Laschet. Dass Söder überhaupt eine Chance hatte, grenzt an ein politisches Wunder. Die Landtagswahl 2018 hatte er mit dem schlechtesten CSU-Ergebnis seit 1950 abgeschlossen. Söder war in Umfragen einer der unbeliebtesten Politiker der Republik und galt als rechter Hardliner.

Zufällig hatte Bayern während des Höhepunkts der Coronakrise den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz inne. Söder präsentierte gemeinsam mit Kanzlerin Angela Merkel nach jeder Sitzung medienwirksam die Ergebnisse, pflegte einen besonnenen Stil und einen engen Schulterschluss mit Merkel. Seine Umfragewerte und die seiner Partei schossen nach oben. Erst damit wurde seine Kanzlerkandidatur überhaupt denkbar. Doch für die CSU als Regionalpartei ist die Landtagswahl prinzipiell wichtiger als die Bundestagswahl. Existentiell für seine Partei ist ihr Abschneiden im Land 2023. Deshalb sollte die CSU froh sein, dass ihre Nummer eins jetzt in Bayern bleibt und sich nicht als Regierungschef in Berlin von Kompromiss zu Kompromiss hängeln muss.

## Demokratie



Michael Spieker,  
Christian Hofmann (Hrsg.)

**Miteinander vor Ort**  
5. Tutzinger Diskurs

Akademie für Politische  
Bildung, Tutzling 2021

ISBN: 978-3-9821033-5-8,  
86 Seiten

## Miteinander vor Ort

### 5. Tutzinger Diskurs

Selbstregierung statt Fremdbestimmung ist das Grundprinzip der Demokratie. Die Grundlage dafür ist umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Damit jemand selbstregierungsfähig wird, muss ihm immer schon die Fähigkeit zugestanden werden, sich selbst zu bestimmen. Die politische Beteiligung von Jugendlichen soll ihnen die Erfahrung von Selbstwirksamkeit ermöglichen: Was ich will und was ich sage, das macht einen Unterschied und ist nicht gleichgültig.

Ziel und Anspruch des Tutzinger Diskurses ist es, kontroverse aktuelle Themen zu erörtern, aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten und Ideen für die Politik zu erarbeiten. Der 5. Tutzinger Diskurs »Integration – Miteinander vor Ort« hatte seit Dezember 2019 das Ziel, zu untersuchen, wie die Beteiligung von Jugendlichen insbesondere in ländlichen Räumen gelingen kann. Die unerwarteten Herausforderungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie mussten in diese Reflexion einfließen.

## Politik



Sebastian Bukow,  
Uwe Jun,  
Jörg Siegmund (Hrsg.)

**Parteien in Bewegung**

Tutzinger Studien zur Politik,  
Band 20

Nomos, Baden-Baden 2021

ISBN: 978-3-8487-8461-5,  
239 Seiten

## Parteien in Bewegung

Politische Bewegungen unterschiedlichster Ausrichtung verzeichnen jüngst in vielen Demokratien starken Zulauf und zu Teilen beachtliche Wahlerfolge. Ihre vitale gesellschaftliche Verankerung, ihre beteiligungs- und aktionsfokussierte Organisation, ihre zugespitzte bis populistische Themensetzung scheint für viele Menschen von besonderer Strahlkraft. Damit setzen sie die etablierten Parteien unter Druck, die vielfach als personell, strukturell und inhaltlich wenig attraktiv wahrgenommen werden. Und doch sind und bleiben Parteien in der Demokratie systemrelevant, etwa als verlässliches, dauerhaftes Scharnier zwischen Gesellschaft und staatlichen Institutionen sowie für den demokratischen Wettbewerb um Themen und Konzepte. Die Beiträge in diesem Buch fragen unter anderem, wie es um das Verhältnis von Parteien und Bewegungen bestellt ist und wie die etablierten Parteien mit dem Erwartungs- und Veränderungsdruck umgehen, der aus dem Erfolg des Organisationsmodells »Bewegung« entsteht. Dazu bietet der Band mittels fundierter Analysen Einblicke in Entwicklungen in Deutschland und Europa.

Mit Beiträgen von:

Deniz Anan, Daniela Braun, Sebastian Bukow, Anna-Sophie Heinze, Alexander Hensel, Benjamin Höhne, Uwe Jun, Danny Michelsen, Teresa Nentwig, Jörg Siegmund und Simon Stratmann.



## Namen und Nachrichten aus der Akademie

### Direktorin

Das nationale und internationale Interesse an der Bundeswahl hat auch den Terminkalender von **Prof. Dr. Ursula Münch** wochenlang geprägt. Neben vielen Telefon- und Onlineinterviews sowie diversen Auftritten in Fernsehsendungen fanden einige Veranstaltungen im Umfeld der Wahl auch in Präsenz statt. Ein ungewöhnliches Format bot erneut die Nemet-schek-Stiftung an: Bei „Lost in Wahlkabine?“ lasen Schauspieler Auszüge aus den Wahlprogrammen, und eine Podiumsrunde analysierte und kommentierte. Im Münchner Presseclub fand ein Nachwahl-Gespräch mit Roman Deininger von der Süddeutschen Zeitung statt. Bei der „International Association for Media and Communication Research“ hielt Ursula Münch einen Vortrag über die kommunikativen Besonderheiten des Bundestagswahlkampfs, und sie analysierte in einer online-Podiumsrunde der Friedrich-Naumann-Stiftung gemeinsam mit Ralf Fücks,

dem Leiter des Zentrums Liberale Moderne, den Ausgang der Wahl. In einem Kamingespräch der Bayerischen EliteAkademie in der Katholischen Akademie diskutierte sie mit Dr. Stefan Leifert vom ZDF-Landesstudio Bayern über die Perspektiven für Europa nach der Ära Angela Merkel. Bei der Jahrestagung der Schweizerischen Gesellschaft für Gesetzgebung in Bern zum Thema „Legiferieren im Blindflug“ sprach die Direktorin über die bundesdeutsche Covid-19-Gesetzgebung. Beim Hessischen Politiklehrertag in Frankfurt hielt sie einen Vortrag über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Demokratie. Ihre Mitwirkung an einer Podiumsdiskussion über „Heimat in Stadt oder Land“ im Rahmen der Biennale Bavaria International lässt sich über die Mediathek von ARD-alpha nachverfolgen. Überdies wurde die Direktorin in den wissenschaftlichen Beirat der Bundeszentrale für politische Bildung berufen.

# Tiefgang am See